

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Schulzeitung. 1860-1933 1926**

55 (25.12.1926)

# Badische Schulzeitung

Vereinsblatt des Badischen Lehrervereins und Verkündigungsstelle der Fürsorgevereine

Verantwortliche Leitung: W. Lacroix, Heidelberg, Schillerstr. 23. Fernruf 540. Abschluß: Mittwoch 12 Uhr. Erscheint Samstags. Anzeigen: Die 6-gesp., 38 mm breite mm-Zeile Mk. 0.20, Chiffregeb. Mk. 1.—, Beilagen u. Reklame-Anzeigen lt. besonderem Tarif. Bezugspreis: Monatlich 60 Pf., einschließl. Postgeb. Anzeigen und Beilagen sind an die Verlagsbuchhandlung Konkordia in Bühl (Baden) zu senden, alles übrige an die Leitung. Geldsendungen an die Kasse des „Badischen Lehrervereins“ nur an die Badische Beamtengenossenschaftsbank Postsparkonto 1400 Karlsruhe auf Bankkonto des V. L. V. D., 70. Geldsendungen an das Lehrereheim nur an „Lehrereheim Bad Freyersbach, Geschäftsstelle Offenburg, Postsparkonto Nr. 75843 Karlsruhe.“

Anzeigen-Nachnahme und Druck: Konkordia N.-G. für Druck und Verlag, Buhl (Baden). Direktor W. Besen. Telefon 151. Postsparkonto 257 Amt Karlsruhe

55.

Bühl, Samstag, den 25. Dezember 1926.

64. Jahrg.

**Inhalt:** Weihnachten auf dem Dorf. — Welche Forderungen hat der Badische Lehrerverein an den Unterrichtsminister zu stellen? — „Auf dem Boden der Reichsverfassung.“ — Aber die praktische Durchführbarkeit des Arbeitsprinzips in der Volksschule. — Die Volksschule als „Heimatschule“. — Unterrichtsgestaltung in der zweiklassigen Landschule. — Notstandsbeihilfe. — Rundschau. — Aus den Vereinen. — Verschiedenes — Bücherchau. — Briefkasten. — Vereinstage. — Anzeigen.

## Weihnachten auf dem Dorf.

Weihnachten auf dem Dorf kann etwas Wunderbares sein. Durch hohen, frischgefallenen Schnee waten die Menschen in Gottes Frühe zur Christmette. Die Fenster der hellbeleuchteten Dorfkirche strahlen weit hinaus in die Heilige Nacht. Die alten, innigen Weihnachtslieder klingen wie Hirten- und Engelsgesang. Dorf und Dorfkirche sind von süßem Jubel erfüllt.

Am Abend ist im überfüllten Dorfwirtshausaal die ganze Gemeinde versammelt: Das wunderbare Geschenk von Belshiem geht über die Bretter der einfachen Dorfbühne. Die Sternsinger treten auf im schimmernden Gewand, und Gott-Vater erscheint im blauen, sternbesäten Mantel. Der Engel Gabriel schwebt hernieder, die weiße Lilie in Händen, zur Jungfrau Maria. Guldinlack, der Wirt zum Palmenbaum, und sein böses Weib erscheinen. Die abenteuerlichen Hirten kommen in dicken Schafspelzen, dem Gotteskind ihre Gaben zu bringen: Apfel, ein Fläschlein Wein, ein wenig Woll, „damit das Kind nit frieren tu“.

Die Könige aus dem Morgenland erscheinen mit goldenen Kronen: Kaspar, Melchior und Balthasar. Der böse Herodes mit seinen Trabanten tritt auf; Tod und Teufel holen unter Blitz und Donner den Bösewicht. Und Lieder klingen auf dazwischen, so fromm und schön, daß den Menschen warm und weh ums Herz wird. Dann erfüllt der Weihnachtsbaum mit seinem Glanz den Saal. Und wie trunken von Glück gehen die Menschen heim vom heiligen Spiel.

Im Dorfschulhaus aber steht die Weihnachtswoche über eine wundersame Stube den Menschen des Dorfes offen, erfüllt von Lannenduft und niegesehenen Dingen. Da hängen Weihnachtsbilder von Hans Baldung und Albrecht Altdorfer, von Hugo van der Goes und Matthäus Schieffel. Kinder und Bauern und Bäuerinnen kommen, das Wunderbare zu schauen.

Oder: das Lebenswerk eines großen deutschen Meisters ist in der weihnachtlichen Bilderstube vor den Augen der staunenden Beschauer ausgebreitet. Das Werk Dürers, Hans Thomas und Karl Thylmanns zeigten wir in vergangenen Wintern. Das Werk des kraftvollsten und schlichtesten deutschen Bauernmalers unserer Tage, das Werk unseres fränkischen Meisters Rudolf Schieffel, haben wir dieses Jahr im Dorfschulhaus zur Schau gestellt.

Rudolf Schieffels Werk ist das Spiegelbild fränkischen Bauerntums und fränkischer Landschaft, das Spiegelbild unserer Heimat.

Vom Kindervolk aus, dessen Seele allen großen und schönen Dingen geöffnet ist, wird Aufmerksamkeit und Liebe für unsere großen deutschen Meister in die Häuser des Dorfes getragen. So lernten wir im Laufe des vergangenen Jahres durch Leo Weismantels schönes Buch „Rudolf Schieffel“ unseren großen fränkischen Meister kennen. Wir schauten und lasen auch Schieffels schöne Bilderbücher „Aus der guten alten Zeit“, „Von Riesen und Zwergen“, „Abenteurer“, „Fröhliche Jugend“. Begeistert luden wir den Maler in unser Dorf ein. Wie traulich war die

Ankündigung, die er uns schrieb: „Eure lieben Briefe, geschmückt mit so lieblichen Blümlein und zierlichen Buchstaben, haben mir und der kleinen Notburga eine so große Freude gemacht, daß ich mich am liebsten gleich in die Eisenbahn gesetzt hätte, um über Würzburg nach Cubigheim zu fahren, um Euch zu besuchen. Ihr habt mir ja so schöne Landkarten darauf gemalt, daß man ja gar nicht irre gehen kann, und habt mir so schön von Eurer schönen Heimat, Eurem Dorf, Euren Bergen, von wo man so schön auf Brezingen heruntersehen kann, erzählt, daß es einem Malersmann schwer wird, es länger in der ruhigen Stadt auszuhalten. . . Ich verspreche Euch, sowie ich es machen kann, Euch im schönen Ursprung einmal heimzusuchen; aber Notburgs Mutter möchte auch gerne dabei sein; wir sind alle drei gut zu Fuß und benutzen jede Gelegenheit, um draußen in Feld und Wald herumzuströmen. . . Wie ich aus Euren Briefen sehe, muß es in Brezingen sehr schön sein, und wie ich gelesen habe, müssen da schöne Theaterstücke gespielt und alte Lieder gesungen und gute Bilder von den deutschen Malern gezeigt werden. Ihr dürft froh sein, daß Ihr auf all das aufmerksam gemacht werdet. Ihr werdet noch gerne zurückdenken in späterer Zeit, was Ihr alles gesehen und gehört habt, und werdet Euer Tal, in dem Ihr auf die Welt gekommen seid, noch viel lieber haben, als die vielen Kinder, denen das nicht gesagt wird. Also, Ihr lieben Brezinger Kinder, seid alle recht herzlich gegrüßt und seid bedankt für die große Freude, die Ihr mir gemacht habt; ich werde Euch, wenn ich in Euer Tal komme, vorher noch schreiben. Als Gruß aber sende ich Euch ein Bild mit, das Ihr auch im Schulzimmer aufhängen könnt als kleines Zeichen der Dankbarkeit von Eurem Rudolf Schieffel.“

Durch diesen Briefwechsel war innigste Fühlung hergestellt zwischen unserem Dorf und dem Nürnberger Meister. Da in den Vorweihnachtstagen große Sendungen ankamen aus München und Nürnberg mit vielen Bildern und Büchern von Rudolf Schieffel, da war die Freude im Dorf groß. Alle, die das Werk Dürers, Thomas und Thylmanns sahen, kommen nun, Rudolf Schieffels Werk zu beschauen. Schulklassen aus Nachbarorten kommen, lernbegierige Jungbauerngruppen, die Männer vom Gesangsverein füllen an einem Abend den Raum und werden des Schauens nicht müde. Am Sonntagnachmittag sitzt manch einer statt beim Kartenspiel einmal vor den Bildern seiner Heimat. Eine Ehrfurcht vor dem Schaffen deutscher Maler steigt in ihm auf und eine neue Liebe zum heimischen Boden.

Wie aufmerksam lauschen die Besucher, wenn ich einiges berichte vom Werdegang des Künstlers: wenn ich erzähle vom alten Bildschnitzer Matthäus Schieffel, der aus dem Zillertal stammt und über Salzburg nach Würzburg kam. Wenn ich erzähle von den drei Brüdern Heinrich, Matthäus und Rudolf. Manch einer nimmt zum Nachlesen das Büchlein „Die drei Brüder Schieffel“ (von Richard Braungart) mit nach Hause; manch einer ist voll Begeisterung für das Brögersche Legendenbuch „Die vierzehn Notbelfer“, die unser Meister mit so herrlichen Holzschnitten geschmückt hat.

Eines schönen Nachmittags, um die Weihnachtszeit, kommen die Lehrer der Umgegend in der Rudolf-Schieffel-Bilderstube zu-

sammen. Da wird geschaut und erzählt und gesungen und gelesen. Die weihnachtliche Bilderstube weitet sich uns zur großen fränkischen Landschaft. Geschichte, Kunst und Kultur der fränkischen Landschaften lassen wir auferstehen vor uns. Wir lesen zur Weihnachtsfeier aus Büchern unserer großen fränkischen Dichter: Wolfram und Walter, Hans Sachs und Jean Paul, und wir gedenken der jungen fränkischen Dichter: Wilhelm Weigand und Benno Rüttenauer, Maximilian Dauhendinger und Julius Maria Becker, Leo Weismantel, Karl Bröger, Friedrich Schnack.

Wir erzählen von unseren Sommerfahrten kreuz und quer durch unser schönes Frankenland: von Würzburg, der Stadt Thymanns und Balthasar Neumanns, von Bamberg, der Stadt des großen deutschen Domes, von Nürnberg, der Stadt Dürers.

Dabei sind wir umgeben von Rudolf Schieffels stolzen Bauerngestalten, Hirten, Wallfahrern und Bettlern, von Rudolf Schieffels Mairdörfern und Hopfengärten, Spargeläckern und Wallfahrtslandschaften.

Wenn der Abend sich blau über die Dächer des Dorfes senkt, dann zünden wir noch einmal mitten in unserer fränkischen Bilderstube den deutschen Weihnachtsbaum an.

Weihnachten auf dem Dorf kann etwas Wunderbares sein.  
Emil Baader.

### Welche Forderungen hat der Badische Lehrerverein an den Unterrichtsminister zu stellen?

Der Bezirksverein Tauberbischofsheim hatte seine Mitglieder und die der benachbarten Bezirksvereine auf Samstag, den 11. Dezember, zu einer Kreistagung nach Lauda eingeladen. Der Obmann sprach über die schulpolitische Lage. Trotz der ungünstigen Witterung waren die Kollegen bei den schlechtesten Wegverhältnissen in großer Zahl herbeigekommen. Eine Teilnehmerzahl von über 150 Mitgliedern zeugte von dem inneren Leben unserer Berufsorganisation.

Einleitend legte Hofheinz dar, daß der politische Akt der Regierungserweiterung für die Entwicklung unserer Schulpolitik in Baden schon deshalb von größter Tragweite sei, weil er einen Wechsel in der Führung des Unterrichtsministeriums gebracht habe. Eine Enttäuschung sei der Lehrerschaft von der Volksschule bis zur Hochschule nicht erspart geblieben: sie hat vergeblich erwartet, daß das Unterrichtsministerium künftig wieder von einem *Fachmann* verwaltet werde. Dies auszusprechen habe der Badische Lehrerverein auch bei dem ersten Besuch beim Unterrichtsminister für notwendig erachtet. Dagegen muß anerkannt werden, daß der neue Unterrichtsminister eine reiche Erfahrung auf dem Verwaltungsgebiet mitbringt, die den Mangel an Fach- und Personalkenntnis zum großen Teile aufzuwiegen vermag. Die Volksschullehrerschaft hat keinen Grund, dem neuen Unterrichtsminister kein Vertrauen zu schenken. Sie erwartet aber, daß der Badische Lehrerverein, der mit seinen 7000 Mitgliedern den weitaus größten Teil der badischen Lehrerschaft in sich organisiert, in reichem Maße zur Mitarbeit und Sachberatung herangezogen wird. Unsere Berufsorganisation kann diese Forderung umso verantwortungsbewußter erheben, als sie die Trägerin traditioneller badischer Schulideale ist und die Hebung der Volksschule und der Volksbildung Hauptforderung ihres Programms darstellt. Dabei muß festgestellt werden, daß der Badische Lehrerverein nach wie vor seine Forderungen und Ziele mit voller Energie und Aktivität zu verwirklichen suchen wird, nicht in erster Linie um der persönlichen Interessen der Volksschullehrer willen, sondern aus der Verpflichtung heraus, die wir als Berufsstand der Kulturgemeinschaft gegenüber zu erfüllen haben. Der Minister hat auch die beratende Mitarbeit des Badischen Lehrervereins zugesichert.

Alsdann ging Hofheinz dazu über, die im Augenblick *brennendsten* Aufgaben zu kennzeichnen, die dem neuen Unterrichtsminister erwachsen werden.

Der Ausbau der Volksschule zu einer vollwertigen Bildungsanstalt der breiten Masse unseres Volkes stellt die wichtigste und bedeutendste Forderung der Volksschullehrerschaft dar. Die heutige Volksschule kann ihrer Aufgabe nur als *staatliche* Einrichtung gerecht werden. Die Beteiligung der Gemeinde an den Aufgaben der Erziehung und des Unterrichts soll und kann keineswegs ausgeschlossen werden. Erhebliche Klagen aber werden laut gerade über mangelndes Interesse an der Volksschule seitens vieler Ge-

meinden. In der Zeit der wirtschaftlichen Not ist häufig kein Interesse für die kulturellen Zwecke zu finden. Der seiner Aufgabe bewußte Staat muß darum dafür Sorge tragen, daß der Volksschule die sachliche Fundierung nicht entzogen werde. Wir denken an Vorschriften über ein *Mindestmaß* des sachlichen Aufwandes durch die Gemeinden. Große Gemeinden waren und sind in der Bereitstellung von Mitteln für sachliche Aufwendungen vorbildlich.

Die Minderbewertung der Volksschule liegt vor allem in der *Zumessung* der auf einen Lehrer entfallenden *Schülerzahl*. Die heutigen Verhältnisse mit den verhältnismäßig günstigen Klassenstärken sind voll anzuerkennen. Sie bilden aber nur eine vorübergehende Erleichterung, wenn die Zeit des Tiefstandes der Schülerzahlen nicht benützt wird, die jetzigen Verhältnisse durch Änderung des § 26 des Schulgesetzes dauernd zu erhalten. Es ist eine Unterlassung, wenn in der heutigen Zeit, in der die Volksbildung eine ungleich höhere Bedeutung erlangt hat als früher, die auf einen Lehrer entfallende Schülerzahl wie im Jahre 1910 *gesetzmäßig* immer noch 70 beträgt, trotzdem die Schul- und Bildungsarbeit sich wesentlich kompliziert und erschwert hat. Wohl ist uns bekannt, daß heute auch auf dem Lande nur in seltenen Fällen auf einen Lehrer mehr als 55 Schulkinder entfallen. Aber man muß nun den Mut haben, endlich die Zahl 70 durch die Zahl 55 zu ersetzen. Wird diese Änderung jetzt nicht vorgenommen, so wird unsere Volksschule mit der jedes Jahr steigenden Schülerzahl allmählich wieder in die Vorkriegsverhältnisse hineinwachsen. Die höheren Lehranstalten haben die Bindung, daß im allgemeinen auf eine Klasse nicht mehr als 40 Schüler kommen sollen. Festgestellt muß werden, daß auch heute unter den günstigen Bedingungen der zurückgegangenen Schülerzahlen und dem Bestehen des Schulaufwandsgesetzes auch in den vielgegliederten Schulen in den Städten noch in großer Zahl Klassen mit mehr als 40 Schulkindern vorhanden sind. Bei den gesteigerten Ansprüchen an die Aufgaben und Leistungen der Schule, namentlich im Hinblick auf die berechnete Forderung des Zurücktretens des mechanischen Erwerbs der Kenntnisse und der Hervorhebung der Aktivität und Selbständigkeit der Schüler, ist eine durchschnittliche *Klassenstärke* von mehr als 35 Schülern nicht mehr vertretbar.

Einen weiteren Ausbau erfordert die *Unterrichtszeit* der Volksschule. Nur die Volksschulen in den Städten und z. T. in größeren Gemeinden können nach dieser Seite als *vollausgebaut* betrachtet werden. An mehr als der Hälfte der badischen Volksschulen ist dagegen keine Gelegenheit gegeben, die jugendlichen Kräfte befriedigend auszubilden, weil die zur Verfügung gestellte Unterrichtszeit völlig ungenügend ist; ja mit der *Beiseitigung* der Überstunden ist in vielen Fällen ein *Kombinationsunterricht* eingerichtet, der die schulischen Erfolge wegen Überfüllung der Klasse ernstlich in Frage stellt. Darüber hinaus besteht in manchen Gemeinden sogar eine Unterrichtszeit, die noch unter dem *gesetzlichen Mindestmaß* von 16 Wochenstunden für die unteren und 20 Wochenstunden für die oberen Klassen liegt. Diese viel zu geringe wöchentliche Unterrichtszeit ist der große *Konstruktionsfehler* der badischen *Halbtagschule*.

Die Volksschule entläßt die Schüler im Lebensalter entscheidendster körperlicher und geistiger Entwicklung. Die Zeit der geistigen Reife liegt außerhalb der Volksschulzeit. Die *Fortbildungsschule* mit wöchentlich einigen Unterrichtsstunden kann nicht als der Ersatz einer weiteren Ausgestaltung der Volksschule bewertet werden. Vielmehr erhebt sich die Frage, ob die Angliederung eines neunten Schuljahres und die daran anschließende Überführung in die eigentlichen Fach- oder Berufsschulen nicht wirkungsvoller wäre als die heutige *Fortbildungsschule*.

Mit dem höheren Schulwesen ist die Volksschule nicht *organisch* verbunden. Dadurch wird die geistige Umschichtung unseres Volkes unterbunden und der *Klassen- und Kastengeist* zum Unglück für das deutsche Volk erhalten. Wir Volksschullehrer haben von berufswegen einen Einblick in die soziale Not unseres Volkes, soziale Einstellung wird immer ein *Gut* des Volksschullehrerstandes darstellen. Schon der Leidensweg seines eigenen Berufsstandes wird ihm in unauslöschlicher Erinnerung bleiben. Man wird deshalb den Volksschullehrer stets als *Mahner* finden, wenn es um die soziale Gliederung unseres Volkes geht.

Zu dieser Unzulänglichkeit der Organisation der Volksschule tritt jetzt die Gefahr eines weiteren Abbaues. Die **Aufhebung des Schulaufwandsgesetzes**, das uns allein die schweren Übergangsverhältnisse hat erträglich gestalten lassen, würde uns nicht nur eine erhebliche Zahl von Lehrerstellen kosten; sie würde auch die Aussicht der nichtverwendeten Schulkandidaten auf baldige Anstellung fast versperren. Wir verwahren uns aber gegen die Darstellung des früheren Min.-Direktor Schmidt, die er in seinem Kommentar niedergelegt hat, als ob das Schulaufwandsgesetz nur eine Notmaßnahme zum Zwecke der besseren Unterbringung der Nichtverwendeten darstellte. Selbst aber unter diesem allerdings irrigen Gesichtspunkt dürfte auch heute an eine Aufhebung des Schulaufwandsgesetzes nicht gedacht werden, da immer noch 800 Nichtverwendete mit zum Teil dreijähriger Wartezeit der Anstellung harren. Es muß aber nachdrücklich festgestellt werden, daß im Landtag der Standpunkt vertreten wurde, daß das Schulaufwandsgesetz die Einleitung der Besserung der Schulverhältnisse bedeute. Namentlich sollte durch die Einfügung des Zusatzes „Sind oder werden“ erreicht werden, daß alle — auch kleinere Gemeinden — unter Inanspruchnahme der Verrechnungsziffer 55 für eine Lehrkraft die Schule ausbauen. Gewiß muß auch die Schule sich den Vorschriften des Art. 5 des derzeitigen Statgesetzes beugen, wonach jede dritte durch Tod oder Pensionierung freierwerdende planmäßige Stelle nicht mehr zu besetzen ist. Aber darüber hinaus durch Änderung des sog. Schulaufwandsgesetzes einen Abbau an gesetzlichen oder übergesetzlichen Stellen vornehmen, würde bedeuten, daß die Volksschule unter minderes Recht als die übrigen Zweige der Staatsverwaltung gestellt würde.

Eine weitere große Gefahr droht der Schule durch das Schicksal des derzeitigen **Lehrernachwuchses**. Die jahrelange Beschäftigung in einem fremden Berufe kann u. U. zur persönlichen inneren Festigung des Einzelnen beitragen. Sie birgt aber vielfach die Gefahr der Berufsferndung in sich. Jedenfalls kann der Staat nicht verantworten, junge Leute erst 3 und mehr Jahre nach Vollendung des Berufsstudiums mit voller Selbstverantwortung der Führung einer Klasse dem Beruf zuzuführen. Wohl haben 3. Jt. nahezu 300 Nichtverwendete von der freiwilligen Hospitation gegen eine geringe Vergütung oder auch unentgeltlich Gebrauch gemacht. Die freiwillige Hospitation muß aber aus erzieherischen Gründen durch eine Verpflichtung hierzu ersetzt werden, allerdings nur unter Gewährung eines ausreichenden Unterhaltszuschusses. Nur so kann die natürliche Einschaltung des Nachwuchses in die Berufsaufgabe bewirkt werden.

Angesichts der Öffnung der zwei weiteren Lehrerbildungsanstalten drohen sich die Schwierigkeiten der Anstellungsverhältnisse noch zu vergrößern. Der Verbrauch an Nichtverwendeten liegt 3. Jt. jährlich nicht über 200. Auch in den nächsten Jahren bis zur Wiederkehr der regelmäßigen Zurücksetzungen im Jahre 1929 und angesichts des nur mäßigen Anwachsenden der Schülerzahlen in den nächsten Jahren wird der jährliche Verbrauch sich nicht erhöhen lassen. Wir können deshalb keinen Grund sehen, der bei dem mangelnden Bedürfnis an Schulkandidaten, die Öffnung der zwei weiteren Lehrerbildungsanstalten an Ostern 1927 rechtfertigte.

Da der Volksschullehrer Staatsbeamter ist, kann seine **gehaltliche Bewertung** nur in seiner Stellung im Staatstatarif zum Ausdruck kommen. Die Zeiten, wo man den Lehrer außerhalb des Beamtenstatarsif stellte, nur um ihn schlechter bezahlen zu können, müssen endgültig vorbei sein. Wir haben noch nie einen Zweifel darüber gelassen, daß auch die Behandlung der Volksschullehrer in der neuen Zeit durch deren Einstufung in die Gr. VII eine **Minderbewertung** darstellt. Eine Spanne von drei Gehaltsgruppen zwischen dem Lehrer an der Volksschule und dem an höheren Lehranstalten ist nicht gerechtfertigt. Der Volksschullehrer verlangt Anerkennung seiner Aufgabe auf der Grundlage seiner Vorbildung und der Bedeutung seiner Berufsarbeit. Wir können nicht anerkennen, daß die Arbeit in der Volksschule wesentlich verschieden ist von der Arbeit des akademischen Lehrers. Mit dem Deutschen Lehrerverein fordert deshalb auch der Bad. Lehrerverein nach wie vor: **Einreihung** in die Gruppe der Besoldungsordnung, die der für akademische Lehrer unmittelbar vorausgeht.

Auch die Behandlung der Sondergruppen bedeutet für den Volksschullehrer eine Zurücksetzung. Eine Nachprüfung der

Besoldungsordnung, die jetzt auch vom Reichsfinanzminister angekündigt worden ist, muß eine **einheitliche** Behandlung der zusammengehörenden Lehrergruppen bringen. Durch Berücksichtigung kleinster Unterschiede droht ein Auseinanderfallen des ganzen Berufsstandes und ein restloses Schwinden des Blickes auf die Einheit und Gleichwertigkeit aller Bildungsarbeit. Das kann aber nicht der Wille des Staates und seiner Organe sein. Es erhebt sich darum für die Nachprüfung der Besoldungsordnung die Frage, ob nicht durch Wiedereinführung der früheren „**Funktionszulagen**“ unter gleichzeitiger Schaffung **einheitlicher Gehaltsskalen** für zusammenhängende Berufslaufbahnen dieses große Ziel der Vereinheitlichung der Beamtenbesoldung erreicht werden könne.

Die Lehrerschaft Badens und die badische Volksschule haben den entscheidenden Kampf um die **Lehrerbildung** vorläufig verloren. Es bedeutete aber einen Verrat an unsern unveräußerlichen Forderungen, wenn wir im zähen Kleinkampf nicht zu erobern versuchten, was in der offenen Feldschlacht mißlang. Es bleibt eine ewige Anklage, daß die verantwortlichen Männer nicht einmal die **Grenzscheide** zwischen Allgemein- und Berufsbildung durch vorbehaltlose Zuerkennung des Abiturs aufgerichtet haben. Der Badische Lehrerverein wird nun fortgesetzt die kulturpolitisch einsichtigen Kreise anrufen, um für Baden auch auf diesem Gebiete eine gute Tradition anzubahnen.

Dem neuen Unterrichtsminister obliegt die undankbare Aufgabe der Durchführung der **Lehrerbildung**. Wir erinnern daran, daß der frühere Unterrichtsminister die Einrichtung des sog. Vorkurses an der Karlsruher Lehrerbildungsanstalt als einen Versuch bezeichnet hat.

Erfolgt nun die Öffnung der beiden weiteren Anstalten in Freiburg und Heidelberg zu einem Zeitpunkt, der den Anwärtern die Verwendung im Volksschuldienst alsbald nach Beendigung des Berufsstudiums gewährleistet, so muß es dem Unterrichtsministerium, namentlich wenn es die abgehenden Abiturienten rechtzeitig auf die Laufbahn des Volksschullehrers hinweisen läßt, gelingen, die notwendige Zahl von „geeigneten“ Abiturienten zu gewinnen. Auf diesem Wege ergäbe sich die Ausschaltung des im Gesetz als Notbehelf vorgesehenen Vorkurses von selbst.

Des weiteren ist zu fordern, daß Anträge um Aufnahme in eine der noch zu öffnenden Lehrerbildungsanstalten aus konfessionellen Gründen nicht abgelehnt werden. Schon die Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse gebieten eine Erleichterung des Zuganges zu den Bildungseinrichtungen des Staates. Sodann ist durch Berufung von wertvollen Hochschullehrkräften die Bedeutung, das Ansehen und der wissenschaftliche Charakter der neuen Lehrerbildung zu heben, wenn unsere Lehrerbildungsanstalten nicht unabwendbar im Vergleich mit den sächsischen, den thüringischen, den hamburgischen, ja den preussischen Einrichtungen ins Hintertreffen geraten sollen.

Die bedeutendste Aufgabe aber erwächst dem Unterrichtsminister in der **Sicherung der badischen Simultanschule**. Der Badische Lehrerverein wird sich stets dafür einsetzen, dieses wertvolle Gut der Volksgemeinschaft zu erhalten.

Wir freuen uns, feststellen zu können, daß der Führer der badischen Deutschnationalen in einer Auseinandersetzung mit dem Reichstagsabgeordneten Spahn sich für die badische Simultanschule und ihre Erhaltung eingesetzt hat. Ein anderer Vorgang dagegen muß die badische Lehrerschaft mit ernstster Sorge erfüllen: die Entschlebung des Zentrums auf dem Erfurter Parteitag, worin gefordert wird, daß auch in den Simultanschulländern die Errichtung von Konfessionsschulen landesgesetzlich nicht beschränkt werden dürfe. Dieser Vorgang bedeutet einen Schlag gegen unsere badische Simultanschule. Wir erstreben den **Schulfrieden** auf der Grundlage der heutigen Simultanschulgesetzgebung und fordern deshalb, daß es der badischen Landesgesetzgebung überlassen bleibe, ob, wann und wie sie ein etwaiges Reichsschulgesetz auf Baden anwende. Nur so können wir die Hoffnung auf Rettung unserer bewährten Schulform haben, dem Volk den dauernden Schulkampf ersparen und der Schule die ruhige Weiterentwicklung sichern.

Es widerstreitet jeder Tatsache, wenn behauptet wird, der Religionsunterricht sei in Gefahr. Die badische Lehrerschaft hat den Religionsunterricht immer als einen wertvollen Bestandteil des Unterrichts und der Erziehung anerkannt. Mit Treue und Erfolg hat sich die Lehrerschaft Badens an der Erteilung der

Religionsunterrichtes beteiligt. Die hierüber ausgestellten Prüfungsbescheide geben davon hinreichend Zeugnis. Es steht aber den Kirchen gesetzlich frei, einen größeren Teil der Religionsstunden als bisher durch ihre eigenen Kräfte erteilen zu lassen. Die hierdurch für den Lehrer frei gewordene Zeit könnte sehr wohl zur Erweiterung der dürftigen Unterrichtszeit, namentlich an Halbtagschulen, verwendet werden.

Man kann sich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß es häufig weniger um die Erteilung als um die **Beaufsichtigung** des Religionsunterrichtes geht. Dieses Recht soll den Kirchen auch gar nicht bestritten werden, in der selbstverständlichen Voraussetzung, daß sie es auch nach pädagogischen Gesichtspunkten ausüben. Darüber hinaus aber ist die **Autorität und Vortrangstellung des Staates** auch in kulturpolitischen Fragen anzuerkennen. Hoffen wir, daß bei dem Kampf um das Reichsschulgesetz sich die politische Erfahrungslehre nicht bestätige: Schwacher Staat — starke außer- und nebenstaatliche Kräfte. Bei seinem Ringen um die Schule wird man den Volksschullehrer auf der Seite des Staates finden, um dem Volksstaat die Führung auch in der Kulturpolitik zu sichern, die ihm gebührt.

Die Ausführungen des Führers wurden mit großem Beifall und ungefeilter Zustimmung aufgenommen.

### „Auf dem Boden der Reichsverfassung.“

Die umgebildete badische Regierung hat sich am 14. Dezember dem Landtag mit einer Regierungserklärung vorgestellt, die der Staatspräsident Dr. Köhler abgab. Aber die Schulpolitik der badischen Regierung heißt es in der Regierungserklärung: „Auf dem Gebiete der Schule steht die badische Regierung auf dem Boden der Reichsverfassung.“

Der sozialdemokratische Karlstrüher „Volksfreund“ schreibt zu diesem Teil der Regierungserklärung: „Der Satz über die Schulen ist viel- oder nichtsagend; die Auslegung der Schulparagrafen in der Reichsverfassung grenzt bekanntlich schon an das Groteske-Komische.“ Die Partei des „Volksfreundes“ hat bei der Umgestaltung der Lehrerbildung selbst einen sehr bemerkenswerten Beitrag solcher „Auslegung“ einer Verfassungsbestimmung geliefert.

Noch unglaublicher war allerdings die Art, wie damals der Führer des badischen Zentrums, Prälat Dr. Schofer, mit der Reichsverfassung umging. Er erklärte nämlich: „Die Reichsverfassung ist doch etwas rein Formales (!) Sie will richtig verstanden sein. Wenn in der Reichsverfassung steht, ich solle da an die Bühne hinauffliegen und ich kann es nicht, nun, dann kann ich es eben nicht. Wenn Sie (zu Dem. u. Volksp.) etwas wollen, was sie nicht durchführen können, dann müssen sie es eben bleiben lassen — auch dann, wenn Sie es sechsmal in die Reichsverfassung hineingeschrieben haben.“ Hoffentlich hat die badische Regierung, die sich auf den Boden der Reichsverfassung stellt, eine andere Auffassung; denn wenn die Verfassung etwas „rein Formales“ wäre, wie vermöchte sie Regierungsprogramm zu sein, besonders, wenn man noch immer dort, wo man nicht will, sagen könnte, es sei „unmöglich“. Jedenfalls bedarf also der Programmsatz der Regierung doch einer zuverlässigen amtlichen Erläuterung.

Die Aussprache des Landtages über die Regierungserklärung brachte — soviel vorderhand aus Zeitungsberichten zu entnehmen ist — eine Auslegung zwar leider nicht, aber doch noch einige Gesichtspunkte, die weiteren Anhalt zu geben vermögen.

Der Sprecher der oppositionellen Deutschen Volkspartei bemängelte, daß die Regierungserklärung eine klare Stellungnahme zur Simultanschule vermissen lasse.

Der Redner der Sozialdemokratie sagte zu diesem Punkt: „Wir sind für die Simultanschule eingetreten, obwohl wir Anhänger der konfessionslosen Schule sind. Da wir noch nicht die Macht haben, unsere Forderung durchzusetzen, stehen wir auf dem Boden der Simultanschule.“

Der Zentrumsredner scheint (immer nach Zeitungsberichten) keine grundsätzlichen Ausführungen zur Schulfrage gemacht zu haben. Aber zweifelhaft ist diese Stellung ja ohnehin nicht. Nur zur Hochschulpolitik erklärte Dr. Föhr (lt. „Bad. Beob.“): „Wir haben das Vertrauen, daß der neue Kultusminister gewisse Span-

nungen, die in der Vergangenheit in bezug auf hochschulpolitische Angelegenheiten bestanden haben, von sich aus beseitigen wird.“

Am Schluß der Aussprache ergriff der neue Unterrichtsminister das Wort, um (nach dem „Bad. Beob.“) folgendes auszuführen:

„Unterrichtsminister Leers ersucht darum, an seine Person den Maßstab seiner späteren Taten anzulegen. Er wolle kein Programm entwickeln, sondern nach seinen Taten beurteilt werden. Für die Simultanschule, die Grundlage der badischen Erziehung, braucht im Anschluß an den Wortlaut der Regierungserklärung keine Sorge gehegt werden. Die Erziehungsangelegenheiten in Baden würden Landesangelegenheiten bleiben. Gegen die Herausziehung konfessioneller Leidenschaft in die Beurteilung politischer Dinge müsse er protestieren. Er lehne es ab, Beamten- und Staatspolitik nach konfessionellen Grundsätzen zu betreiben.“

So der Bericht des „Badischen Beobachters“. Man wird nicht sagen können, daß er besonders klar sei. Das Wichtigste ist natürlich der Hinweis auf die Beibehaltung landesgesetzlicher Schulregelung. Aber wie das der Minister gemeint haben könnte, wird hier nicht klar. Nach einem Bericht der „D. A. Z.“ war der Hergang so, daß Minister Leers auf die Vorwürfe des volksparteilichen Redners antwortete, der Befürchtungen über den Bestand der Simultanschule äußerte, weil die Regierungserklärung in diesem Punkt so unbestimmt sei und anders gelautet habe als das Programm, das ursprünglich den Koalitionsverhandlungen mit der Volkspartei zugrunde gelegen habe. Minister Leers bestritt das und erklärte die Befürchtungen der Volkspartei für unbegründet. Im Bericht heißt es dann wörtlich über die Ausführungen des Ministers weiter: „Die badische Regierung halte sich in dieser Frage an den § 174 der Reichsverfassung, der die Simultanschule schätze. Sache der badischen Regierung werde es sein, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Reichsschulgesetzgebung die Lösung der Frage der Simultanschule den Landesregierungen überlasse.“

Das ist jedenfalls eine sehr erfreuliche Botschaft vonseiten des Ministers. Er darf sicher sein, gerade in dieser Frage die Lehrerschaft fast ausnahmslos auf seiner Seite zu haben. Es ist nur zu wünschen, daß das nicht nur die Meinung des Unterrichtsministers ist, sondern der Einstellung des Staatsministeriums entspricht. Denn von diesem erhält zuletzt der badische Vertreter im Reichsrat seine Instruktion. Vielleicht kommt uns in diesem Fall der Partikularismus der Zentrumsparterie zustatten, die doch eigentlich diese Gelegenheit gern ergreifen müßte, die Selbständigkeit der Länder, zumal auf kulturpolitischem Gebiete, zu stärken.

Das war es, was offenbar im großen und ganzen der Minister sagte, weil es durch Äußerungen eines Oppositionsredners veranlaßt wurde. Die Gelegenheit, bei seinem ersten Auftreten im Landtag eine Programmrede zu halten, verschmähte der neue Minister. Und zwar geschah das, wie der Bericht zeigt, mit Absicht, denn er hält nichts von Programmen.

Es ist an sich gewiß kein unbilliges Verlangen, wenn der Minister nach seinen Taten beurteilt zu werden wünscht. Aber wenn Taten geschehen sind, dann ist es zu spät, um in den Gang der Entwicklung einzugreifen. Der badischen Lehrerschaft z. B. liegt gar nichts an der Rolle, hintennach, wenn die Taten geschehen und die kulturpolitischen Entscheidungen getroffen sind, etwa „Noten“ auszuteilen; dagegen liegt ihr alles daran, im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber der Idee der Volksbildung, an den kulturpolitischen Entscheidungen mitzuwirken.

Also rechtzeitige Mitarbeit, nicht bloß nachträgliches Lob oder Tadel. Es wäre deshalb doch zu wünschen gewesen, daß der neugewählte Unterrichtsminister seine Scheu vor „Programmen“ überwunden und zu einigen wesentlichen Fragen der Schulpolitik Stellung genommen hätte. Es hätte das durchaus kein „nebelhaftes“ Theoretisieren zu sein brauchen. Es gibt eine ganz große Reihe durchaus konkreter, durchaus naheliegender praktischer Einzelfragen, von denen man gern gehört hätte, welche Stellung der Unterrichtsminister ihnen gegenüber einnimmt.

z. B. die Durchführung der Lehrerbildung: Wann sollen die weiteren Anstalten eröffnet werden? (Junglehrernot!) Wie soll das Verhältnis der Neuausgebildeten zu den älteren Unverwendeten sein? Wenn die Lehrerbildungsanstalten in den beiden Universitätsstädten eröffnet werden, wie soll dann die gesetzlich vorgesehene Mitwirkung von Hochschuldozenten geregelt werden? (Bei den besonders günstigen Verhältnissen der Universitätsstädte müßte hier viel weiter gegangen werden als in Karlsruhe.) Wie

steht es mit den Vorkursen der künftigen Anstalten? Nachdem in Karlsruhe — wie Minister Remmele im Landtag als einzige Rechtfertigung der sofortigen Einrichtung mittelste — der „Versuch“ mit der Gestaltung des Vorkurses gemacht wird, dürfte es sich empfehlen, auch den Versuch mit dem im Gesetz vorgesehenen Regelfall zu machen und nur Abiturienten zuzulassen — solange, als auf diesem Wege der Bedarf an Lehrern gedeckt werden kann.

Das sind nur Fragen aus einem Gebiet — neben denen der grundsätzlichen Schulpolitik, z. B. Aus- oder Abbau der Volksschule, Schulaufwandsgesetz, Junglehrer usw. — über die durch einige programmatische Andeutungen des Ministers doch einige Klarheit hätte geschaffen werden können. Das schönste Programm freilich ist wertlos, wenn es nicht durchgeführt wird. So wollen wir hoffen, daß wirklich das Maß an kulturpolitischer Initiative beim neuen Unterrichtsminister in umgekehrtem Verhältnis zu seiner Zurückhaltung in programmatischen Äußerungen steht und so die magere Vieldeutigkeit der Regierungserklärung in der Schulfrage mit der Zeit eine immer reichere, positive Ausdeutung erfährt.

### Über die praktische Durchführbarkeit des Arbeitsprinzips in der Volksschule.

Manchmal schon ist die Frage aufgeworfen worden, warum es in der Volksschule mit dem Arbeitsprinzip gar nicht vorwärts gehen will. Außenstehende haben wohl aus Unkenntnis der Sachlage die Schuld meistens bei den verkümmerten Schultyrannen gesucht, die zum mindesten die Zeichen ihrer Zeit nicht verstehen.

Große Fortschritte grundsätzlicher Natur sind tatsächlich seit Pestalozzi kaum zu verzeichnen. Noch heute sind manche seiner Forderungen nicht erfüllt. Alle seither eingeführten methodischen Neuerungen sind Flickstücke, die auf ein altes Kleidungsstück gesetzt wurden. Zwar ist nicht zu leugnen, daß namentlich im letzten Jahrzehnt eine ungeheure Menge von Büchern auf den Markt geworfen wurden, von welchen ein Teil wirklich das Arbeitsprinzip in seiner praktischen Auswirkung zeigen; es gibt aber auch sehr viele Erzeugnisse, nicht nur Bücher, bei denen der Zusatz „im Sinne der Arbeitsschule“, „im neuen Geist“ o. ä. lediglich ein Lockmittel für den Käufer ist. Genau so wie die alte pädagogische Forderung von der Anschauung von tüchtigen Geschäftsleuten zu Geschäftszwecken mißbraucht wurde, muß heute das Arbeitsprinzip erhalten. Aber selbst wenn nur gute Bücher über Arbeitsschule geschrieben und gelesen worden wären, kann dies noch kein Maßstab für den Fortschritt sein. Vom Buch bis zur Verlebendigung seiner Gedanken in der Schultube, von der Idee bis zu ihrer praktischen Durchführung ist noch ein weiter und beschwerlicher Weg zurückzulegen. Mancher hat recht gut verstanden, was die Schulreformer wollen, hat auch schon das eine oder andere Mal versucht, ihre Gedanken in die Praxis umzusetzen, ist aber gleich von Anfang an auf Hindernisse gestoßen, die für ihn unüberwindlich waren. Ich glaube wohl behaupten zu können, daß bei uns in Baden im allgemeinen nicht arbeitsschulmäßig unterrichtet wird, obwohl der Lehrplan in § 6 die Arbeitsschule vorschreibt und unter anderem folgenden Satz enthält: „Dem Arbeitsschulgedanken muß sich naturgemäß auch des Lehrers Unterrichtsmethode anpassen.“ Meiner Ansicht nach besteht die Gefahr, daß das Kind zwar den Namen wechselt, nicht aber die Gesinnung; die Schule bekommt einen neuen Firmenschild, der Geist aber bleibt derselbe. Es wäre tief bedauerlich, wenn das Arbeitsprinzip das Schicksal so manches Schlagwortes erleiden würde, das, solange es Mode war, in aller Munde lag, das aber bald vergessen wurde, weil es eben ein bloßes Schlagwort geblieben war und sich nie zur Tat ausgewirkt hatte. In den folgenden Zeilen will ich versuchen zu zeigen, ob die Arbeitsmethode bei unseren heutigen Schulverhältnissen überhaupt praktisch durchführbar ist. Maßgebend sind für mich einmal die Karlsruher Verhältnisse und zum andern meine eigene Unterrichtserfahrung. Es dürfte niemandem schwer fallen, meine Ausführungen seinen Verhältnissen entsprechend abzuwandeln. Wenn ich mich nun an die Aufzählung von Schwierigkeiten heranmache, die der Durchführung der Arbeitsschulidee entgegenstehen, so geschieht dies nicht, um den Fortschritt aufzuhalten, sondern um alle, die es angeht — nicht nur die Lehrer — zu veranlassen, über Mittel und Wege nachzudenken, wie diese Hin-

dernisse überwunden oder aus dem Weg geräumt werden können; um aber Hindernisse beseitigen zu können, muß man sie kennen, obwohl die Kenntnis der Größe einer Aufgabe nicht gerade immer den Mut zur Tat steigert.

Die Arbeitsmethode erfordert in besonderem Maße den Einsatz geistiger und körperlicher Kräfte vonseiten des Lehrers; ganz besonders ist dies in einer Oberklasse der Fall. Noch schwieriger dürfte es sein, eine solche lernschulmäßig eingestellte Klasse auf arbeitsschulmäßigen Unterricht umzustellen. Der erforderliche Aufwand an Wissen, Nervenkraft und Idealismus wird von vielen Lehrern nicht aufgebracht werden können, weil eben die Lehrer — wie alle anderen Menschen — Kinder ihrer Zeit sind, einer Zeit, welche neben anderem das Streben nach wirtschaftlichen Vorteilen und die Nervenschwäche kennzeichnet. Nun hat uns schon die Volksschule bis an die Grenze unserer Leistungsfähigkeit belastet, oft auch darüber hinaus. Schon bisher hatten wir manchmal das Gefühl der Überlastung, nicht wegen der Arbeitsdauer, wohl aber wegen ihrer Intensität. Dieses Gefühl rührt wohl mit daher, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit eine große Stoffmenge zu bewältigen ist, und daß die Normalklassen immer noch zu groß sind. Wir leiden in der Schule an chronischem Zeitmangel, und soll der ganze Stoff durchgepeitscht werden, so muß er entweder gedächtnismäßig eingepreßt werden ohne selbsttätige Mitarbeit der Schüler, oder er kann nur flüchtig erarbeitet und nicht genügend befestigt werden. Im ersten Fall entsteht leicht ein Wortwissen aber kein lebenswahres Wissen, im zweiten Falle ein ungenaues. Aber nicht nur in der Lehrerpersönlichkeit und im Stoff liegen die Schwierigkeiten, sondern auch in den Schülern. Die Großstadtschulen geben die meisten gut begabten Schüler an die Mittelschulen ab. Weiter erschwerend tritt hinzu, daß infolge von Übertritten in die Mittelschulen, Nichtaufsteigen in die nächste Klasse, Lehrerwechsel, Hinaussetzen der Klassenstärken, Abgabe von Schulräumen oder ganzen Schulhäusern an Mittel-, Handels- und Gewerbeschulen die Klassenverbände oft zerrissen werden müssen, so daß eine Anstetigkeit in der Lehr- und Erziehungsarbeit hineingetragen wird, die nicht ohne nachteilige Folgen bleiben kann.

Diese Schwierigkeiten sind schon beinahe allein geeignet, die Lehrer flügelstumm zu machen, und es ist leicht verständlich, daß neue Bestrebungen, die noch mehr von ihnen verlangen, nicht immer freudigen Widerhall finden. Dazu kommt aber als weiteres nicht zu unterschätzendes Hemmnis die völlig untergeordnete Stellung, welche die Volksschule im Volksstaat einnimmt. Der Volksstaat hat die Hoffnungen, welche die Lehrerschaft zur Zeit der Landesschulkonferenzen und der Reichsschulkonferenz in ihn setzte, leider nicht erfüllt. Das Proletariat, dessen Kinder größtenteils die städtischen Volksschulen bevölkern, hat von Ausnahmen abgesehen, kein wirkliches Interesse an der Schulbildung seines Nachwuchses. Ob die wirtschaftliche Notlage die Hauptursache dieses Uebelstandes ist, soll hier nicht untersucht werden. Die Tatsache ist für uns schmerzlich, welche Ursachen sie auch immer haben mag. Die übrigen Volkskreise, deren Kinder nur vier Jahre die Volksschule besuchen, die Hauptschulzeit aber in der Mittelschule verbringen, haben für Volksschulangelegenheiten auch kein besonderes Interesse. So zehrt die Volksschule des Volksstaates von den Errungenschaften, die sie in der Zeit des Obrigkeitsstaates gemacht hat. Während die Volksschule Not leidet, wird die Mittelschule künstlich aufgepöpselt. Überall hat die Mittelschule mehr Schüler, als sie 1914 hatte, trotz dem Geburtenrückgang. Viele Lehrer dieser Schulgattung geben zu, daß dies kein Vorzug ist. Man hat durch Aufnahme vieler unbegabten Schüler die Qualität allerdings sehr vermindert, den Abbau aber vollständig ferngehalten und ihn ganz auf die Volksschule abgewälzt. Es scheint, als ob das Abbaugespenst noch immer nicht ganz gebannt sei. Da ist es wahrhaftig kein Wunder, wenn die Volksschullehrer und besonders die „gewöhnlichen“ Klassenlehrer das Gefühl nicht los werden können, daß die Volksschule das Stiefkind des Volksstaates sei. Nicht jeder ist imstande, aufkeimende Verbitterung oder Gleichgültigkeit durch vermehrten Idealismus zu überwinden. Aber „Freude ist alles“; dies gilt nicht nur vom Schüler, sondern auch vom Erzieher. Hat dieser die Aufgabe, die Jugend zu freudiger Pflichterfüllung zu erziehen, so ist es Pflicht des Staates, alles aus dem Weg zu räumen, was die Freude der Erzieher an ihrem Beruf beeinträchtigt. Es ist meine

Ansicht nach eine Lebensnotwendigkeit für den Volksstaat, daß er der Volksschule seine Fürsorge in erhöhtem Maße zuwendet.

Wir Lehrer sind berechtigt und verpflichtet, die Forderung zu erheben: „Gebt uns bessere Verhältnisse, damit wir neuzeitlicher arbeiten können, und damit unsere Arbeit bessere Früchte trägt.“ Es hätte keinen Sinn, wenn wir uns über die Größe der Hindernisse, welche der Arbeitsschule im Wege stehen, hinwegtäuschen wollten. Wenn wir aber warten wollten, bis sich die Verhältnisse gebessert hätten und alles Neue auf bessere Zeiten verschoben wollten, dann könnten wir wohl sehr lange warten. Da wir ja auch verantwortliche Glieder des Volksstaates sind, müssen wir versuchen, von der Schulstube aus an der Umgestaltung der Verhältnisse tätigen Anteil zu nehmen. Wir müssen durch treue Pflichterfüllung Volk und Behörde davon überzeugen, daß wir wichtige staatsbehaltende und aufbauende Arbeit leisten. Wohl geht es über unsere Kraft, die Schule in kurzer Zeit zu einer Arbeitsschule zu machen. Wir sollten aber mit beiden Händen zuschlagen, wenn sich irgendwo ein kleiner durchführbarer Fortschritt zeigt. Unser viel weiter gestecktes Ziel brauchen wir deshalb noch lange nicht aufzugeben. Ich habe manches „Neue“ in meiner Oberklasse ausprobiert zum Teil mit, zum Teil ohne Erfolg. Meine Arbeit litt aber lange Zeit darunter, daß ich glaubte, den Forderungen des Lehrplans auch durch arbeitsschulmäßigen Unterricht gerecht werden zu können. Die erlebten Enttäuschungen führten mich dann immer wieder zur Lernschulmethode zurück, und es hat schon eine gute Weile gedauert und manchen Tropfen Schweiß abgesetzt, bis ich wußte, wie weit ich bei den jetzigen Verhältnissen gehen kann. Die Frucht meiner Bemühungen war die Erkenntnis, daß es nicht möglich ist, das gute Alte mit dem guten Neuen zu vereinigen, ohne daß Abstriche an beiden gemacht werden. Will man zu einer Synthese von Lern- und Arbeitsschule kommen, und dies ist m. A. nach der einzig mögliche Fortschritt, so muß die Stoffmenge und die Übung beschnitten werden zugunsten der Kräfteschulung. Andererseits muß das Erarbeitungsprinzip manchmal zurücktreten, wenn der Stoff dies erheischt, sei es, daß er sich zur Erarbeitung nicht eignet oder, daß es an Zeit fehlt. Das kraftbildende Prinzip und das Stoffprinzip kämpfen dauernd miteinander, und der unerfahrene Lehrer wird manchen Fehltritt machen, bevor er gelernt hat, sich rasch und richtig zu entscheiden. Die durch Vereinigung der Lernmethode und der Arbeitsmethode entstandene Lehrweise kann natürlich einen mehr lernschulmäßigen oder mehr arbeitsschulmäßigen Charakter tragen. Auch die „alte Schule“ war keine reine Lernschule, doch tritt in der „neuen Schule“, welche keine reine Arbeitsschule ist, das Kraftprinzip stärker hervor. Es muß das Bestreben der „neuen Schule“ sein, das Stoffprinzip dem kräftebildenden Prinzip allmählich unterzuordnen.

Wenn diese Umwertung einmal stattgefunden hat, wenn der Stoff nur noch das Rohmaterial zur Bildung der Kräfte darstellt, dann können die einzelnen Fächer auch in den Oberklassen in den Hintergrund treten; sie verlieren ihre Selbständigkeit und werden Glieder des Gesamtunterrichts. Aber solange dem Stoffwissen noch der große Wert beigelegt wird, wie das heute der Fall ist, und solange wir ganz genau vorgeschriebene Ziele in den Einzelfächern erreichen müssen, ist es nach meiner Erfahrung unmöglich, auf die Dauer mit dem Gesamtunterricht auszukommen. Es mag einzelne Lehrer geben, die imstande sind, den gesamten Stoff in Gesamtunterrichtsthemen unterzubringen; das sind aber jedenfalls seltene Ausnahmen.

Nach dem bisher Gesagten könnte man glauben, daß die Arbeitsschulfrage für mich lediglich eine unterrichtstechnische Angelegenheit sei. Das ist aber durchaus nicht so. Mit technischen Mitteln allein kann man den Geist nicht ändern. Die neue Schule will aber dazu beitragen, die Jugend zu besseren Menschen zu erziehen. Anstelle des Zwanges zur Arbeit soll der freie Wille treten. Der Polizeitgeist soll aus der Schule verschwinden; dieser soll eine „Lebensschule“ sein, keine „Strafanstalt“. Die praktische Verwirklichung dieser Forderung aber scheint mir noch viel schwerer zu sein als die Erarbeitung des Unterrichtsstoffes durch die Schüler. Es gibt eben Schüler, welche nur arbeiten, wenn sie dazu gezwungen werden. Vielleicht ist hieran häufig verkehrte häusliche und schulische Erziehung schuld. Vielleicht ist durch Zwang von frühest Jugend an das zarte Pflänzlein des freien

Willens am Wachstum verhindert worden. Vielleicht aber sind diese Kinder von Natur so veranlagt, daß sie des Zwanges bedürfen, um nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft werden zu können. Dann hätte das Wort Rousseaus „Alles ohne Zwang“ für uns allerdings nur Geltung als anzustrebendes Ziel. Da aber die mit Lust und Liebe gefane Arbeit viel wertvoller als die erzwungene ist, muß der vorwärtsstrebende Lehrer auf Zwangsmittel so viel als irgend möglich verzichten.

Zusammenfassend möchte ich meiner Überzeugung dahin Ausdruck geben, daß eine großzügige Schulreform nicht durchgeführt werden kann, solange Unterricht und Erziehung mit so gewaltigen Schwierigkeiten rechnen müssen. Diese tragen ja die Hauptschuld daran, daß die Schule in andere Bahnen gezwungen wurde, als es wünschenswert scheint. Je größer die Hindernisse, desto mehr entspricht die Lern- und Zwangsschule den praktischen Möglichkeiten. Mögen uns aber die Verhältnisse auch vielfach zwingen, am Alten als einem noch notwendigen Äbel festzuhalten, der Wille zur besseren Zukunft darf nicht erlahmen. Wir dürfen das anzustrebende stofflich-methodische und erzieherisch-ethische Ziel nicht aus den Augen verlieren. Anstelle des begeisterten stürmischen Anlaufs muß das langsame, zähe Fortwärtswirken treten. Auf diese Weise wird die Entwicklung zu einer Synthese zwischen Lern- und Arbeitsschule führen; ob das Durchgangspunkt oder Endpunkt der möglichen Entwicklung sein wird, ist für uns vorerst eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Es kommt dann zu einer Übereinkunft zwischen dem menschlich Wertvollen und dem im praktischen Leben Notwendigen, zwischen dem Wünschenswerten und dem Erreichbaren. Das Arbeitsprinzip wird zwar nicht als die allein seligmachende Lösung anerkannt werden, es wird ihm aber doch viel mehr Beachtung als bisher geschenkt werden müssen.

Otto Hanfer.

## Die Volksschule als „Heimatschule“.

### Gesamtunterricht oder Fachunterricht?

Der Unterrichtsplan für die badische Volksschule stellt in § 7 folgenden Unterrichtsgrundsatz auf: „Die Volksschule soll das Kind in verständnisvoller und gemütsbeforderlicher Weise in das Natur- und Menschenleben seiner engeren und weiteren Umgebung einführen; dadurch wird sie zur rechten Heimatschule.“ Diese Einführung soll im ersten Schuljahr in der Regel durch „Gesamtunterricht“ erfolgen, worunter nach den Erläuterungen von Dr. Stocker „eine Zusammenfassung und innere Verknüpfung alles dessen, was im Unterricht vorkommt, ohne bestimmte stundenplanmäßige Trennung der einzelnen Fächer“ zu verstehen ist. Aber „der Gesamtunterricht ist allmählich in eine Unterweisung in einzelnen Unterrichtsgebieten mit fester Stundenverteilung überzuführen. Wann dies im Verlauf des ersten Schuljahres geschehen soll, hängt von dem pädagogischen Ermessen und von dem methodischen Können des Lehrers ab“. In den übrigen Schuljahren ist von einem Gesamtunterricht in obigem Sinne nicht mehr die Rede; die Heimat soll zwar im Mittelpunkt des ganzen Unterrichts stehen bleiben; aber die einzelnen Fächer sind aus ihrer Verschmelzung in festere Formen übergegangen.

Manche neuere Pädagogen wie Gansberg und Scharrelmann wollen den Gesamtunterricht durch die ganze Schulzeit beibehalten. Es soll nun zunächst untersucht werden, welcher Unterrichtsform im allgemeinen der Vorzug zu geben ist. Gaudig urteilt darüber: „Es wird eine der Hauptaufgaben der Organisation des Lehrplanes sein, daß durch planmäßiges Zusammenarbeiten verschiedener Fächer kulturell wichtige Wirklichkeitszusammenhänge erfährt und durchgearbeitet werden. In dieser geistigen Bewältigung der Wirklichkeit wird unsere Jugend ihres fachmäßigen Wissens, dessen Wert sie oft nicht erkennt, froh werden. Durch die ganze Schule muß dieser Gesamtunterricht durchgeführt werden, aber nicht so, daß man den Fachunterricht verdrängt, ohne den ein heilloser Dilettantismus über die Schule hereinbricht, sondern so, daß man das Prinzip des konzentrierenden Unterrichts mit dem des Fachunterrichts zu planmäßiger Architektur verbindet.“ Damit verwirft also Gaudig die Art von Gesamtunterricht, die eingangs erklärt wurde, und bekennt sich zum konzentrierenden Fachunterricht. Auch Willmann, Linde und Kerschensteiner vertreten einen

ähnlichen Standpunkt; letzterer bezeichnet den Gesamtunterricht als eine Verirrung der Konzentrationsidee.

Die Väter des Gesamtunterrichts verwerfen den Stundenplan als Zwangsjacke. Sie schätzen auch die Bedeutung des Lehrplanes nicht hoch ein; sie wollen in demselben nur eine allgemein gehaltene Sammlung von großen Arbeitsgebieten mit Quellmaterial sehen. Die reformatorischen Ideen dieser Männer in allen Ehren; aber soweit sie den Gesamtunterricht betreffen, kann ich mich nicht recht mit ihnen befreunden. Ich fürchte, daß die allgemeine Einführung desselben schließlich ein Chaos zur Folge hätte, wofür nicht jeder Lehrer ein ganz außergewöhnliches pädagogisches Geschick besäße, abgesehen von der Schwierigkeit der praktischen Durchführung, besonders in den größeren Städten, wo neben dem Klassenlehrer auch Fachlehrer unterrichten. Aus diesen Gründen wollen wir den Gesamtunterricht nur als Ausnahme gelten lassen und den Fachunterricht in Verbindung mit der Konzentrationsidee als Regel betrachten. Diese näher zu charakterisieren, soll nun unsere weitere Aufgabe sein.

Geben wir zunächst auch wieder Gaudig das Wort dazu: „Daß Disziplin mit Disziplin verbunden werden, ist ein Lieblingsgedanke der Herbart'schen Schule. Nur daß in der Praxis nicht zu viel im einzelnen aus einem Gebiete in das andere gefahren werde; solch „fahriges“ Tun verhindert oft den ruhigen Aufbau eines Gedanken-zusammenhanges innerhalb des Fachgebietes. Assoziationen auf Grund äußerlicher Berührung bringen in den auszubauenden Gedanken-zusammenhang auch oft sehr störende fremdartige Elemente hinein. Wertvoller ist es, bereits geschlossene Zusammenhänge in Beziehung zueinander zu bringen“. Die Konzentration soll sich also im allgemeinen auf größere Einheiten und ihren inneren Zusammenhang erstrecken; sie bis in Einzelheiten auszudehnen, wäre oft unnatürlich und gekünstelt. Außerdem kämen gewisse Übungen, z. B. die Einübung der vier Rechnungsarten, zu kurz dabei. Zur Erläuterung soll ein praktisches Beispiel folgen.

Bei der Einübung des Einmaleins stellen wir im Anschluß an die im heimatkundlichen Unterricht angestellte Beobachtung und Besprechung des Postverkehrs die Aufgabe, den Betrag für eine gewisse Anzahl Freimarken der gleichen Sorte auszurechnen, verbinden also mit der Stellung des Problems die Idee der Konzentration. Nach der Lösung gehen wir zur Einübung des Einmaleins der betreffenden Zahl mittels der Rechenmaschine oder anderer Anschauungsmittel über und schließen daran Übungen, die bis zur mechanischen Geläufigkeit führen. Sie erfordern mehrere Stunden Rechen-, nicht Gesamt- und nicht Konzentrationsunterricht. Erst bei den angewandten Aufgaben tritt der letztere wieder auf.

Bei diesem Beispiel will ich es bewenden lassen und nun zum zweiten Teil übergehen. Darin betrachten wir die Heimat als Ausgangspunkt des Unterrichts. Man kann sich

die Radian konzentrischer Kreise nach zwei Richtungen gehend denken, entweder von innen nach außen oder umgekehrt. So gibt es auch zwei Richtungen im Konzentrationsunterricht, welche durch die ganze Volksschulzeit und für alle Unterrichtsfächer zu beachten sind, nämlich eine divergierende und eine konvergierende. Darnach kann der konzentrische Mittelpunkt des Unterrichts entweder als Ausgangspunkt oder als Ziel aufgefaßt werden. Der Ausgangspunkt ist das Kind und seine Heimat; als oberstes Ziel bezeichnen wir die Gesinnungs- und Willensbildung des Menschen. Diese beiden Punkte sind schärfer ins Auge zu fassen und zu unterscheiden. Wo der Ausgangspunkt im Unterricht außer acht gelassen wird, sind dem Kinde z. B. geographische Begriffe spanische Dörfer, bleibt ihm die

Bibel ein Buch mit sieben Siegeln und selbst sein eigener Körper ein ungelöstes Rätsel, bleibt ihm schließlich das Unterrichtsziel unerreicht. Darum wollen wir uns zunächst mit der divergierenden Konzentrationsrichtung eingehender beschäftigen.

Soweit der Ausgangspunkt des Unterrichts in Frage kommt, halten wir an dem anfangs erwähnten Grundgedanken des Unterrichtsplanes fest, wonach die Volksschule eine Heimat-schule sein soll. Die Heimat steht also hier im Mittelpunkt des gesamten Unterrichts. Von diesem Punkte gehen die einzelnen Fächer strahlenförmig aus, wobei ein gewisses Fach die konzentrische Verbindung herstellt. Als Verbindungsfach wählen wir in den unteren Schuljahren die Heimatkunde. Welches Fach in den mittleren und oberen Klassen diese Rolle übernimmt, hängt von den örtlichen Verhältnissen ab. In Großstädten wird dies besonders Geographie und Geschichte, in den Landschulen die Naturgeschichte sein. Die Gesundheitslehre kann, da sie bis jetzt nur in oberen Schuljahren stundenplanmäßig erteilt wird, nur in diesen als Verbindungsfach in Betracht kommen, und zwar hauptsächlich für die konvergierende Konzentrationsrichtung nach der körperlich-leiblichen Seite hin. Sehr wünschenswert wäre ein heimatkundliches Lesebuch, das besonders die örtlichen Verhältnisse, von denen oben die Rede war, berücksichtigt.

In Mannheim ist man im Begriff, in den Förderklassen neue Stoffverteilungspläne einzuführen, welchen die geschilderte Idee der Konzentration innerhalb des stundenplanmäßigen Fachunterrichts zugrunde liegt. Ob dieselben praktisch verwendbar sind, wird die Erfahrung lehren. Ich bin der Überzeugung, daß ein solcher Stoffplan sowohl wie auch der Stundenplan sich ganz gut mit den von mir aufgestellten Grundsätzen vereinbaren lassen, wenn beide in nicht zu engherziger Weise aufgefaßt werden, d. h. wenn ihnen mehr die Bedeutung als Richtlinien bzw. als Wertmesser für die Behandlung des Unterrichtsstoffes zugewiesen wird. Für Neulinge im Lehrberufe werden sie als solche jedenfalls besonders willkommen sein. Ein erfahrener Lehrer dagegen wird die Stoff- und Zeiteinteilung in freierer Weise vornehmen und



## DIE BESTEN GLÜCKWÜNSCHE

entbieten wir unseren verehrten Geschäftsfreunden und Mitarbeitern zum Weihnachtsfest sowie zum bevorstehenden Jahreswechsel. Wir benutzen diese Gelegenheit, allen zu danken, die unseren gemeinnützigen Bestrebungen durch Inanspruchnahme unserer Dienste ihre Unterstützung gewährten und uns damit die Möglichkeit zur Derbilligung unserer Artikel geboten haben. Mit der Bitte, uns auch im neuen Jahre das geschätzte Wohlwollen zu bewahren, gestatten wir uns, mit unserem beiliegenden Wand-Kalender einen Wegweiser für das Jahr 1927 zu widmen.

Hochachtungsvoll

**KONKORDIA**

A.-G. FÜR DRUCK UND VERLAG / BÜHL-BADEN  
DIREKTION: W. VESER



dabei auch dem Gelegenheitsunterricht besser Rechnung tragen können.

Wenn ich eine Verschmelzung der Unterrichtsfächer im allgemeinen auch nicht befürwortet habe, so läßt sich doch außer für das erste auch für das letzte Schuljahr die Frage aufwerfen, ob nicht gegen Ende desselben, wo der Unterricht sich hauptsächlich auf Wiederholungen und Zusammenfassungen erstreckt, wieder eine Zusammenziehung gewisser Fächer am Platze wäre. Freilich ist diese Möglichkeit durch den jetzigen Unterrichtsplan kaum gegeben, da zuviel neuer Stoff für das achte Schuljahr vorbehalten ist. Zur Zeit des früher gültigen Unterrichtsplanes habe ich einmal einen derartigen Versuch unternommen, indem ich in der zweiten Hälfte dieses Schuljahres die drei Fächer Erdkunde, Naturgeschichte und Naturlehre miteinander zur „Lebenskunde“ (nach K. Schmidt) vereinigte und dieselbe um die örtlichen Verhältnisse konzentrierte. Ich habe freilich bei dem damaligen Schulkommissar keine rechte Zustimmung gefunden. Er vertrat mehr den Standpunkt des Fachgelehrten und wollte die einzelnen Fächer im Wochenbuch getrennt marschieren sehen.

Ich will mich bei dieser Frage nicht länger verweilen; ich möchte zum Schluß nur betonen, daß gerade hier in Mannheim, das durch seine Industrie, seinen Handel und Verkehr mit der ganzen Welt in Verbindung steht, die Grundsätze der Heimatschule sich leicht verwirklichen lassen; aber auch in der kleinsten Dorfschule wird sich oft die Möglichkeit bieten, Beziehungen zur Heimat anzuknüpfen; es kommt nur auf einen Versuch an. Durch diese Unterrichtsarbeit stellen wir uns in den Dienst der hohen Aufgabe, in der Schule Heimatliebe, vaterländische Gesinnung und Verständnis für die Fremde zu wecken.

A. Deufel, Mannheim.

### Unterrichtsgestaltung in der zweiklassigen Landschule.

Die Unterrichtsgestaltung in der zweiklassigen Landschule nimmt in dem Gesamtgebiet der Unterrichtsreform der letzten Jahre zweifellos eine gesonderte Stellung ein. Während in den größeren Schulen, namentlich in denen der Städte, die Ausgestaltung der Schularbeit immer eine Verbesserung der sonstigen schulischen Verhältnisse zur Grundlage hatte oder doch beide Hand in Hand gingen, blieb die zweiklassige Schule als Anstalt kleiner Gemeinden nach wie vor eine Schule mit bescheidensten Ansprüchen. Man denke nur an den Ausbau des Fürsorgewesens, an die Differenzierung nach Begabung, an die Einrichtungen für anormale Kinder, an die Herabsetzung der Klassenbesuchsziffer, an die Verminderung des Stundendeputats, an das Fachlehrersystem für einzelne, vorwiegend technische Fächer, an die Ausstattung mit Lehrmitteln, mit Lehrer- und Schülerbüchereien, an die Anlage von Versuchsgärten, die Möglichkeit des Besuchs von Museen und nicht zuletzt an den erleichterten Gedankenaustausch der Lehrkräfte einer Schulgemeinde. Von all diesen Dingen weiß die zweiklassige Schule bis heute wenig oder gar nichts; das war so und wird wohl auf unabsehbare Zeit so bleiben. Die Gründe sind vorwiegend schulpolitischer, oder genauer gesagt allgemein politischer Natur. Solange maßgebende Kreise ein Interesse daran haben, in der Volksschule ein Versuchsfeld ihrer machtpolitischen Bestrebungen zu sehen, und ihr darum eine rein eigengesessliche Entwicklung auch in ihrer äußeren Stellung nicht gönnen, solange wird sich in dieser Zurücksetzung der Landschule nichts ändern lassen. Daß diese dabei zu ewiger Engbrüstigkeit verurteilt ist, mußte der Mitwelt viel häufiger noch und mit viel mehr Nachdruck vorgetragen werden. Während auf allen Gebieten allgemeiner Wohlfahrt der Staat die Führung in die Hand genommen hat, läßt er es bei der grundlegenden Einrichtung, der ländlichen Volksschule, bei allem Recht und Brauch. Und während die Gemeinden auf vielen Gebieten den Verlust ihrer Selbstständigkeit bedauern, machen sie auf dem einen Gebiet, auf dem man sie ihnen gelassen, der Fürsorge für ihre Schule, nur wenig ausgiebigen Gebrauch davon. Der wirkliche Betreuer der Schule ist nur der Lehrer, für die Gemeinde — leider allzu oft gegen die Gemeinde.

Dazu gesellen sich die eigenartigen inneren Verhältnisse. Die zweiklassige Schule ist die am wenigsten ausgebauten Schulreform, so wenig ausgebaut, daß sie von vielen Pädagogen als nicht mehr zeitgemäß angesprochen wird. Ihre Mängel sind jedem, der einmal in ihr gearbeitet hat, bekannt. Rein vom unterrichtlichen

Standpunkt aus betrachtet, ist es für den Lehrer nicht einfach, sich in seinem pädagogischen und methodischen Vorgehen gleichzeitig auf Kinder der verschiedensten Altersstufen und Reifegrade einzustellen. Stofflich hat er vier verschiedene Arbeitsgebiete zu übersehen und zu bearbeiten, da jede der beiden Klassen sich wieder in zwei Abteilungen gliedert. Die Unterrichtszeit ist auf das Mindestmaß beschränkt, das Deputat des Lehrers bleibt wohl nie unter der Höchstgrenze.

So war es wohl erklärlich, daß die verschiedenen Strömungen der Schulreformbewegung ihren Ausgang von den Städten nahmen und dort auch die stärkste Bewegung auslösten. Erst allmählich drang sie zur Landschule durch, setzte erst Fuß, als die Vertreter der Landschule von ihrem Standpunkt aus an all das Neue heranzutreten gelernt hatten. Das hatte mit sein Gutes. Die Lehrerschaft verlor dadurch nicht den Blick für die ihrer Schule eigentümlichen Verhältnisse und Aufgaben und konnte diese zum Ausgangspunkt etwaiger Neuerungen machen. Bald wiesen Führer unter den Landlehrern neue Wege, Arbeitsgemeinschaften schlossen sich zusammen, Aufsichtsbeamte ländlicher Schulbezirke nahmen sich der Sache an. Seitdem ist mancher Schritt vorwärts getan, Brauchbares hat sich eingebürgert, Unbrauchbares wurde abgewiesen. Abgeschlossen ist die Bewegung noch lange nicht.

Ein Ausbau der ungegliederten Schule konnte in absehbarer Zeit nicht erhofft werden. Darum ist es charakteristisch für alle Reformarbeit von der zweiklassigen Schule, daß sie sich mit den gegebenen Einrichtungen abfindet. Sie erhofft eine gedeichlichere Entwicklung, freudigere fruchtbringende Arbeit nicht von äußeren Einflüssen und Änderungen, sondern sucht die zweiklassige Schule in ihrem heutigen Bestand auszugestalten. Eine Erkenntnis dringt bei allen durch: die Entwicklungsrichtung war bisher falsch. Die Arbeit in der einfachsten Schule wurde in den Rahmen eines Stofflehrplans eingespannt, desselben Stofflehrplans, wie er für die ausgebaute Stadtschule verbindlich war. Man sah wohl von dem und jenem weniger Wichtigem ab, konnte das bei unsern Lehrplänen auch ohne weiteres machen, da die einzelnen Fächer ohne innere Verbindung nebeneinander herliefen. Zur Erarbeitung des Stoffes war die Landschule gezwungen, sich in Klassen aufzuteilen und so die Gliederung der Stadtschule in unvollkommener Weise nachzuahmen.

An diesem Punkte setzte nun die erste Arbeit der Reformen unter den Lehrern ein. Sie erkannten, daß eine Umkehrung des Verhältnisses von Stoff und Organisation die Grundlage einer weiteren gedeihlichen Entwicklung sein müsse. Nicht mehr der Stoff bestimmt die Organisation einer Schule, sondern die tatsächlich gegebenen Verhältnisse bestimmen Stoff, Arbeitsweise und Arbeitsteilung. In anderen Worten gesagt: Die zweiklassige Landschule muß einen ihrer Eigenart gemäßen Weg der Entwicklung einschlagen, muß eine ihrer Organisation gemäße Gestaltung des Unterrichts zu erreichen suchen.

In Preußen waren die neu herausgegebenen „Richtlinien“ all diesen Bestrebungen insofern günstig, als sie dem Lehrer die denkbar größte Freiheit gaben. Die Überwindung des Unterrichts in einzelnen Unterrichtsfächern, deren Stoff nach dem Stufengang der wissenschaftlichen Systematik angeordnet ist, ist das Kennzeichen aller Arbeitspläne ländlicher Schulen, die neue Wege suchen. Nicht die Einzelgebiete Rechnen, Geographie, Deutsch, Geschichte, Naturkunde, Zeichnen, Religion und ihre Unterabteilungen geben die Unterrichtsziele an, nicht Wissensgebiete, deren Inhalt dann als Anwendung auf besondere Lebensgebiete bezogen wird, sondern Lebensgebiete, aus denen die Stoffgebiete abgeleitet werden. Für die Auswahl der Unterrichtseinheiten ist die Entwicklungsstufe und seelische Eigenart des Kindes maßgebend, ihren Inhalt bestimmen die großen Lebensgebiete des heutigen Menschen. So steht z. B. der Stoffplan für den Schulbezirk Oelsnitz i. V. für das siebte und achte Schuljahr folgende Lebenskreise vor: Die Arbeit in Handwerk, Industrie, Technik und die Arbeit in Handel und Verkehr.

Bevorzugt der Lehrer nicht einen Gesamtunterricht, so nimmt er nun im Rahmen des Lebensgebietes eine Verteilung des Stoffes auf einzelne Unterrichtsfächer vor, soweit eine „fachliche“ Gliederung des Stoffes sich ergibt. Es muß nicht jedes Fach berücksichtigt werden. Vom üblichen Konzentrationsunterricht unterscheidet sich diese Art der Verknüpfung doch immer noch sehr wesentlich. Nicht zufällige Verwandtschaft und Verknüpfungs-

möglichkeit irgend welcher Stoffe bestimmten den Gang der Arbeit, sondern die Erfüllung einer geschlossenen Gesamtaufgabe, die als Leitgedanke den Unterricht beherrscht, der die Unterrichtsfächer sich dienstbar machen müssen.

Damit gibt die wissenschaftliche Systematik nicht mehr die Reihenfolge im Unterricht an. Es wird also nicht mehr heißen: Mechanik der festen, flüssigen, gasförmigen Körper, Optik usw. Es werden vielmehr die physikalischen Erscheinungen betrachtet, die im Rahmen der Gesamtaufgabe als Probleme auftauchen. So ist es auch, um ein Beispiel zu nehmen, mit den Sprachübungen. Sie halten sich nicht mehr einzig und allein an den Stufengang der Grammatik, sondern schöpfen die sprachlichen Möglichkeiten des Lebensgebietes aus. Ein zweites Schuljahr nimmt auch einmal Nebensätze in den Bereich seiner Sprachübungen auf, ohne allerdings den Nebensatz als solchen zu benennen. Eine systematische Zusammenfassung und Benennung der Sprachformen erfolgt überhaupt erst dann, wenn das Sprachgefühl belebt, wenn der Blick geschärft und das Gehör geübt ist. So kam Systematik zustande; erst die Schule hat den Weg umgekehrt. Das bedeutet für die zweiklassige Schule insofern eine große Entlastung, als erstens einmal viel Gedächtniswissen aus den Altersstufen verschwindet, in denen es besonders durch die Kombination verschiedener Jahrgänge eine Last war; sodann aber auch, weil sich der Lehrer von der engen stofflichen Gebundenheit frei machen und seine Schule auch als Ganzes behandeln und arbeiten lassen kann.

In den unbedingten Anhängern des gefächerten Unterrichts hat diese Arbeitsweise bereits ihre Gegner gefunden. Sie befürchten in erster Linie, daß am Schluß des Schuljahres und am Ende der Schulzeit kein lückenloses, wohlgeordnetes Wissen vorhanden sei. Dem halten die Freunde der „Arbeitsgebiete“ entgegen, daß auch der „systematische“ Unterricht nie lückenloses Wissen erreichen konnte, einfach deshalb nicht, weil der Stoff stets und immer für das Kind zurecht geschnitten werden mußte und vieles für Kinder nicht faßbar war. Außerdem war es bei der kurzen Unterrichtszeit der zweiklassigen Schule häufig so und mußte oft so sein, daß kein Gebiet wirklich gründlich im Sinne der Arbeitsschule behandelt werden konnte.

Wir müssen uns zum mindesten einmal die Frage vorlegen, ob an Stelle des Nebeneinanders so vieler Unterrichtsfächer nicht etwas Einheitslicheres, Einfacheres treten könne. Ich lasse mir den gefächerten Unterricht ohne weiteres gefallen, wenn für jedes Fach genügend Zeit zur Verfügung steht, daß das Fach als solches auch zur Geltung kommt. Das ist aber in unseren ungeliebten Landschulen durchaus nicht der Fall. Man denke nur an die halbe Stunde Geschichte und die halbe Stunde Naturlehre, wie sie der Stundenplan vorschreibt. Da schleppt sich dann z. B. die Behandlung der Elektrizität so ein halbes Jahr hin, jede Woche ein halbes Stündchen Arbeit an demselben Stoffgebiet. Damit wird man m. E. weder den Belangen des Kindes noch denen des Lehrers noch denen des Stoffes gerecht. Der Deutschunterricht soll die sprachliche Verarbeitung des im Sachunterricht Gebotenen bringen. Wie ist das möglich, wenn vier Sachfächer mit verschiedenen Stoffen auf der Oberstufe nebeneinander herlaufen? Es wäre da sicherlich auch im Rahmen des Lehrplans eine gewisse Einheitslichkeit zu erzielen. Ich behandle dieses Jahr in meiner Oberstufe den Stoff des achten Schuljahres. Als Versuch habe ich ihn so gegliedert, daß sich zwei Arbeitsgebiete ergeben. Als erstes: eine Weltreise, als zweites: die Einigung des Deutschen Reiches. Als Zwischenarbeit schaltete ich im September drei Unterrichtswochen über Joh. Peter Hebel ein als Gesamtunterricht für das 4. bis 8. Schuljahr. Soviel ich bis jetzt erkennen kann, ist die Arbeit auf diese Weise intensiver, stetiger, konzentrierter geworden. Den stofflichen Anforderungen des Lehrplans werde ich vollkommen gerecht, wenn auch nicht in der Weise, daß jede Woche jedes Unterrichtsfach stundenplanmäßig an die Reihe kommt. Praktisch wirkt sich diese Arbeitsweise vielmehr so aus, daß für eine bestimmte Zeit ein Stoff aus einem Sachgebiet zur Bearbeitung steht. Zeichnen, Aufsatz, Lesen usw. schließen sich daran an. Ein Teil der Deutsch- und Rechenstunden sind natürlich reine Abungsstunden. Wie sich die Stoffe einordnen, hängt von der Problemstellung im Rahmen der Arbeitsgebiete ab.

Umstritten ist das Problem des Gesamtunterrichts in der zweiklassigen Landschule. Die Motivierung dieser Unterrichtsweise durch ihre Anhänger ist verschieden. Bei einem Teil der Reformier

ist Gesamtunterricht innere Notwendigkeit. Sie sehen im gefächerten Unterricht eine Überschätzung der wissenschaftlichen Welt- und Lebensbetrachtung, ein einseitiges Hinzielen auf Wissen und Enzyklopädie. Mit dem Gesamtunterricht streben sie zum Seelischen, wollen von der Weltzerlegung sich abkehren und zum Sinn des Lebens vordringen. Der Stoff ist nur Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck. Auch im Gesamtunterricht sind darum nicht die Fächer, sondern die Lebenskreise die Grundlage. „Der Zusammenhang, der Lebenskreis wird von einem durchgehenden inneren Moment zusammengehalten, an dieses schließt sich der Stoff an — der Stoff als Brücke vom Innern zum Innern. Er wiederum sucht das in ihm Eingeschlossene zum Tönen zu bringen.“ (Franz Seiß im Novemberheft der „Scholle“.)

Mit dem Gesamtunterricht suchen andere lediglich mehr Einheitlichkeit in den Betrieb einer zweiklassigen Schule zu bringen. Für sie ist er nur eine Unterrichtsform. Durch ihn werden die Klassen und Abteilungen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßt. Diese gliedert sich in Arbeitsgruppen. Die Zuleitung eines Kindes zu der oder jener Gruppe geschieht unter Berücksichtigung seines Alters, aber auch seines Könnens, seiner Reife, seiner Begabung und seiner Neigung. Die einzelnen Arbeitsgruppen arbeiten am selben Stoffgebiet, treten nur von verschiedenen Seiten her an dasselbe heran. Diese Zusammenfassung verschiedener Altersstufen erscheint zunächst etwas gewagt. Man denke nur an die große Spanne zwischen dem vierten und achten Schuljahr, die nach Berichten von Landlehrern in einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt sind. Ein Kreis vogtländischer Lehrer unter der Führung Otto Erlers nimmt die Abteilungsbildung nach neuen Gesichtspunkten vor. Maßgebend sind die Entwicklungsstufen des Jugendalters wie sie Spranger feststellt. Zur ersten Stufe, der des Märchenalters, gehört das erste und zweite Schuljahr, zur Stufe der Wirklichkeitseroberung das 3., 4., 5., 6. Schuljahr und zur Stufe der Reifezeit das 7. und 8. Schuljahr. Die zweiklassige Schule ist nun auf Grund ihrer eigenartigen Verhältnisse gezwungen, durch die zweite Stufe einen Schnitt zu machen. Das 3. und 4. Schuljahr wird neben dem 1. und 2. unterrichtet, die übrigen arbeiten gemeinsam. Man sieht, ein unbedingt befriedigendes Schema ist für die zweiklassige Schule nicht gefunden und wird sich wohl nicht finden lassen. Das liegt in der Unmöglichkeit mehrfacher Gliederung begründet. Das Wesentliche ist das, daß der Lehrer nicht mehr am streng gesonderten Unterricht der einzelnen Abteilungen festhält, sondern sich mehr Bewegungsfreiheit gestattet. Während bei uns in Baden das erste Schuljahr gesondert geführt wird und das zweite und dritte zu einer Abteilung vereinigt sind, neigen viele Reformier mehr dazu, das erste und zweite Schuljahr gemeinsam zu führen, schon deshalb, weil das zweite Schuljahr den Anforderungen in der Heimatkunde, besonders der Einführung in das Kartenverständnis, oft nicht gewachsen ist. Eine Erschwerung im Deutschunterricht tritt insofern nicht ein, als der Gebrauch des Lesebuchs mit Druckschrift möglichst hinausgeschoben wird.

Beim Gesamtunterricht sowohl als beim Unterricht nach „Lebensgebieten“ kann natürlich ein Stundenplan, der die einzelnen Fächer auf die einzelnen Stunden verteilt, nicht mehr in Frage kommen. Die allseitige Durchdringung eines Arbeitsgebietes, seine möglichst vielseitige Betrachtung führt wohl in verschiedene Fachgebiete, aber ein ständlicher Wechsel nach Vorschrift ist nicht angängig. Wo noch eine Gliederung für nötig erachtet wird, beschränkt sie sich auf die Unterscheidung von Fachgruppen. So Martin Spielhagen in „Gesamtunterricht in der einklassigen Landschule“ auf Sach-, Abungs- und Religionsunterricht. Nicht umgangen werden kann überall die stille Einlage, d. h. die Beschäftigung einer Abteilung oder Gruppe, während der Lehrer mit der andern arbeitet. Nur erhalten diese Stunden einen besonderen Charakter. Sie sind die Zeit, in der die Kinder selbständig erarbeiten und verarbeiten, Material herbeitragen, ihre Gedanken schriftlich niederlegen und auf neue Probleme sinnen.

Wie sich bei dem arbeitsschulmäßigen Unterricht die für die zweiklassige Landschule so überaus wichtige Zeitfrage lösen wird, muß erst abgewartet werden. Die neuen Arbeitsweisen nehmen viel Zeit in Anspruch. Außerdem ist das Landkind schwersälliger als das Stadtkind, sodas sorgfältiger Vorarbeit bedarf, um die Kinder zu selbständiger Arbeit zu erziehen. Die Beschränkungen in den Hilfsmitteln, die Passivität des Elternhauses sind erschwerende Punkte. Auf der andern Seite mag vielleicht gerade die Arbeit

schule der Weg sein, auf dem in der Landbevölkerung mehr Eigenleben geweckt werden kann.

Es wäre noch viel zu berichten über die Vorbereitungsarbeit des Lehrers, über seine Stellung im Unterricht, über Hilfsmittel und Methode. Diese Zeilen sollten nur einmal einen Überblick geben über die Versuche, die dahin zielen, für die zweiklassige Schule eine ihrer Eigenart gemäße Arbeitsweise zu finden. Ein endgültiges Urteil zu fällen, ist bis heute nicht möglich. Dazu ist alles zu sehr im Fluß. Erhebend ist die Tatsache, daß die Lehrerschaft allüberall, auch im verlorensten Winkel, trotz der vielen Hemmungen ehrlich bestrebt ist, alle Kräfte einzusetzen zu einer möglichst vollkommenen Gestaltung ihrer Arbeit an Schule und Volk.

Georg Hupp, Untermutschelbach.

### Notstandsbeihilfe.

Bis diese Zeilen in die Hände unserer Mitglieder kommen, dürften die am Freitag, dem 18. Dezember, nach schwierigen Verhandlungen im badischen Landtag bewilligten sog. einmaligen Beihilfen ausbezahlt sein. Sie betragen für alle Beamten, Ruhegehaltsempfänger, Beamtenhinterbliebenen, Angestellten und ständigen Staatsarbeiter: Für Ledige = 30 M., für Verheiratete = 50 M. Dazu kommt ein Kinderzuschlag von 5 M. für jedes bezugsberechtigte Kind. Damit ist die Reichsregelung weder im Gesamtaufwand, noch im Verteilungsschlüssel übernommen. Während das letztere nicht zu bedauern ist, wenn es sich schon um eine Notstandsaktion, nicht um eine Besoldungsregelung handeln sollte, muß das erstere, der Abstrich eines großen Teils der in der ersten Vorlage vom Staatsministerium eingefestigten wesentlichen Mittel, allerdings befremden. Hier und in der Ursache dieses Vorganges, in der Verbindung der Beamtenforderung mit anderen Staatsaufgaben und sozialen Pflichten, liegt die große Gefahr, auf die wir bei einer näheren Berichterstattung noch zurückkommen möchten.

Nun ergibt sich ein kleiner Zwischenakt, der sehr bezeichnend ist. Die badischen Beamten- und Lehrerverbände hatten noch im letzten Augenblick, als die Einigung der Parteien schon so gut wie fertig war, also unmittelbar vor der entscheidenden Plenarsitzung, in einer Eingabe Stellung „gegen jede Regelung genommen, durch die sie bei einer geringeren Zuwendung erneut eine Sonderbehandlung gegenüber den Reichsbeamten erfahren sollten“. Sie hatten dabei die Erwartung ausgesprochen, daß die für die Beamtenvorlage in Aussicht stehenden (sollte wohl heißen: in der ersten Vorlage in „Aussicht genommenen“) Mittel für die Beamtenauschließlich Verwendung finden.

Dieser an sich für Beamtenvertretungen doch wohl begreifliche Schritt erregt nun den Unwillen der sozialdemokratischen Presse. So schreibt der „Volksfreund“ unter dem 18. Dezember in Fettdruck von einem „unerhörten Einspruch der badischen Beamten- und Lehrerschaft“, und im Text sagt dann der bekannte Artikler Winter, „diese Eingabe der badischen Beamten- und Lehrerorganisationen ist ein Skandal, ein Unfug sondergleichen“. Wir verstehen sehr wohl: Der Kampf mit dem Finanzminister um größere Summen für die Arbeitslosen und der Kampf gegen die kommunistischen Anträge ist freilich schwerer, als der gegen die Beamtenauschließung. Daß hierbei „kein einziger Beamtenabgeordneter im Landtag, auch nicht der Abg. Hofheinz, der Vorsitzende des Badischen Lehrervereins, sich diese Forderung der Beamtenvertretung zu eigen machte, sondern deutlich von ihr abrückte“, ist eine jener in der genannten Presse nicht ganz unbekanntenen „Meldungen“, denen die Tatsachen anders gegenüberstehen. Die Dinge werden auch in der übrigen Presse wahrheitsgemäßer wiedergegeben. So schreibt z. B. die „Neue Bad. Landeszeitung“, als Äußerung des Abg. Hofheinz zu diesem Punkt: „Durch die Verkoppelung der Beamtenzulage mit den Forderungen der Arbeitslosen kam eine starke Belastung der Verhandlungen zustande. Wir (D. D. P.) halten eine solche Verkoppelung nicht für wünschenswert, weil der eine oder der andere Teil dabei unter die Räder kommen kann. Bedauerlich bleibt, daß wir der Eingabe der Beamtenorganisationen, die wir in ihrem Tenor vollständig verstehen, bei dieser Sachlage nicht weiter zu ihrem Recht verhelfen können.“

Soweit die heutige Richtigstellung. Wir behalten uns, wie sagt, vor, später auf die ganze Angelegenheit, ihre grundsätzliche

und ihre praktische Seite, eingehend zurückzukommen. Wir stehen aber mit dem Abg. Hofheinz auf dem von ihm vertretenen Standpunkt, daß „die Beamtenauschließung einen falschen Weg einschlägt, wenn sie sich dauernd auf das Statteis der einmaligen Zulagen begibt“.

## Mit der Bahn

nach

## Bad Freyersbach

zu einem Winteraufenthalt während der  
Weihnachtsferien oder zu einem Ausflug  
über die Feiertage.

Pensionspreis wie bisher.

Rechtzeitige Anmeldung erwünscht.

Der Betrieb ist vom 15. Dez. an geöffnet.

## Rundschau.

**Einsicht oder Taktik?** In Nr. 289 gibt die „Freiburger Tagespost“ einen Überblick über die „weltliche Schulbewegung in Deutschland“, der das Vordringen der sog. weltlichen Schule in Preußen zahlenmäßig veranschaulicht. Bemerkenswert ist der Schluß der Darlegung. Es heißt da: „In einer ganzen Reihe von Städten liegen Anträge auf Errichtung weltlicher Schulen vor. Man wartet nur, bis man durch ein Reichsschulgesetz freie Entfaltungsmöglichkeit für die weltliche Schule erhält. Daher das Drängen dieser Kreise auf baldige Verabschiedung des Reichsschulgesetzes! Die „Freie weltliche Schule“ sagt deshalb in Nr. 22: Der Bund der freien Schulgesellschaften hat keine Veranlassung, das liberale Bürgertum im Kampf um die Gemeinschaftsschule zu unterstützen. Schlagwörter wie Verschlagung des Schulwesens, Gründung von weltlichen Zweragschulen dürfen uns nicht abschrecken. Nicht einstimmen in den liberalen Ruf: Weg mit dem Reichsschulgesetzentwurf, sondern her mit dem Reichsschulgesetz! Diese Kreise rechnen also mit einem mächtigen Ruck vorwärts, sobald reichsgesetzlich die Grundlagen für die weltliche Schule getroffen sind. Bei uns in Baden wurden unseres Wissens noch nirgends Versuche zur Einführung von weltlichen Schulklassen unternommen. Die badische Sozialdemokratie hat sich auf dem Heidelberger Parteitag im Herbst 1925 zusammen mit dem sozialistischen Lehrerbund auf den Standpunkt gestellt, an der badischen Simultananschule in der jetzigen Form nicht rütteln zu wollen, so lange nicht von anderer Seite Änderungen in der bisherigen Schulgestaltung herbeigeführt werden. Dagegen sind bei uns in Baden die sozialistische „Arbeitermohlfahrt“ und andere ähnliche Organisationen eifrig am Werk, Kinder und Jugend zu fassen und in ihrem Geiste zu beeinflussen. Dieser kurze Überblick über die sozialistische und kommunistische Kinderbewegung und die weltliche Schulbewegung in Deutschland ist geeignet, den christlichen Eltern zu zeigen, wohin die Reise geht. Wer nicht will, daß den deutschen Kindern die großen Erziehungs- und Heilswerke des menschgewordenen Gotteskindes verloren gehen, der muß sich zur Wehr setzen. Das Erstarken der weltlichen Schulbewegung und die Krippe von Beshlehem mahnen alle, die vor dem Kinde in diesen Tagen niederknien, zur Einheit und Geschlossenheit im Kampf um die christliche Schule und um die Seele des Kindes.“

Die letzten Sätze sind recht unklar, insofern sie keinerlei Wege aufzeigen, die es die „christlichen Eltern“ ermöglichen, die weltliche Schulbewegung tatsächlich aufzuhalten. Sie passen in den Rahmen der Zentrumspropaganda der letzten Wochen, die absichtlich ihre schulpolitische Taktik im Dunkeln läßt, um nicht vorzeitig offen zu werden. Die Ausführungen der „Freiburger Tagespost“ lassen zweierlei Erklärungen zu. Die optimistische wäre, daß das

Zentrum die bedenklichen Schattenseiten, die ein Reichsschulgesetz nach dem Muster Schiele auch für den Religionsunterricht im Gefolge hätte, zu erkennen beginnt. Damit wäre eine erfreuliche Entspannung der schulpolitischen Gegensätze gegeben und der Weg frei für eine Lösung, die Staat, Kirche, Schule und Elternhaus in den erreichbaren Gleichklang bringen könnte.

Möglich und leider wahrscheinlich ist die andere Erklärung, daß nur eine Änderung der Taktik vorliegt, die auf ein Reichsschulgesetz weniger Wert legen oder gar darauf verzichten läßt, weil die angestrebten Vorteile sicherer in einem Konkordate zu erreichen sind und zwar, ohne daß man gleichzeitig für die gesetzliche Grundlage der weltlichen Schulen einzutreten braucht. Die Anhänger dieser Schularart müßten dann allein sehen, wie sie zu ihrem verfassungsmäßigen Rechte gelangen. Die nächste Zukunft wird darüber Klarheit bringen. Inzwischen heißt es, auf der Hut sein.

**Kronzeuge Remmele.** Bei der Beratung des Abänderungsgesetzes zur mecklenburgischen Lehrerbildung, das zunächst einmal allgemein die Hochschulreise als Voraussetzung für den Eintritt in das Päd. Institut festsetzt, kündigte die sozialdemokratische Fraktion an, sie werde in der Ausschußberatung zu erreichen suchen, daß die Berufsbildung der Lehrer auf der Universität Kofstock erfolge. Der Redner der Deutschnationalen aber, ein Studiendirektor (!), bekämpfte die Vorlage aufs schärfste — vor allem mit Hilfe von Zitaten aus den Auslassungen des zeitweiligen badischen Unterrichtsministers Remmele. — Ob es diesen nicht nachdenklich stimmt, daß er heute ausgerechnet mecklenburgischen Deutschnationalen als Kronzeuge dient?

**Zentrum und Simultanschule.** In einer Auseinandersetzung mit einem Bruchsaler Blatt über die Schulfrage in Baden schreibt das Hauptblatt der bad. Zentrumspartei (17. 12. 26) u. a.: „Wir glauben nicht, daß die badische Simultanschule trotz der grundsätzlich entgegengesetzten Einstellung der Zentrumspartei gefährdet ist, solange sie die notwendige Rücksicht auf die religiösen Bekenntnisse nimmt, die im Gesetz enthalten ist und in der Praxis geübt wurde, wobei allerdings nicht zu verkennen ist, daß Gefahren immer bestehen, die zum Aufpassen mahnen.“

**Beamte und Staatsausgaben.** Bekanntlich fressen die Beamten den Staat. Steuern werden nur für Gehälter und Pensionen bezahlt. Und Pensionen erhalten natürlich nur die Beamten. Jeder Beamte hat die Pflicht, folgende Zahlen aus dem Reichshaushalt 1926 überall bekannt zu machen — schon im eigenen Interesse:

Ausgaben für	
1. Befoldungen, Zulagen	526,80 Mill. M.
2. Besal. der Soldaten	143,00 Mill. M.
3. Zivilpensionen	89,50 Mill. M.
4. Militärpensionen	244,70 Mill. M.
5. Kriegsbeschädigtenrenten	1 223,00 Mill. M.

Die Gesamtsumme der Ausgaben des ordentlichen Haushaltes beläuft sich auf 7326,10 M. Demnach betragen die Anteile an den Gesamtausgaben für

1. Befoldungen, Zulagen	7,2 v. S.
2. Besal. der Soldaten	2,0 v. S.
3. Zivilpensionen	1,2 v. S.
4. Militärpensionen	3,3 v. S.
5. Kriegsbeschädigtenrenten	16,7 v. S.

Die aktiven Bezüge und die Pensionen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs betragen also 11,8 v. S. der Gesamtausgaben. Die Kriegsbeschädigtenrenten allein betragen mehr als alle Beamtenaufwendungen des Reichs zusammen.

Zur **Junolehrerfrage** hat der Deutsche Lehrerverein an die Reichsregierung und den Reichstag eine neue Eingabe gerichtet. Darin wird zunächst ersucht, die vom Reich ausgeworfenen sechs Millionen für die Junolehrerbilfe angesichts der dauernden Not in den ordentlichen Haushalten als dauernde Ausgabe einzustellen. Zweitens wird mit Rücksicht auf die große Zahl der Nichtverwendeten die Notwendigkeit einer wesentlichen Erhöhung der Summe erwiesen. Schließlich wird gebeten, bei der Verteilung der Summe auf die Länder, auf diejenigen Reichsteile besondere Rücksicht zu nehmen. Sie durch die Übernahme von Flüchtlingslehrern besonders belastet sind.

In diesem Zusammenhang dürfte interessieren, was die Denkschrift des Deutschen Städtebundes zur Junolehrerfrage anführt, bei, weil darin die volle Verantwortlichkeit der staatlichen Stellen festzusehen ist. Es heißt dort: „Das schwierige Problem der Junolehrer wird in seiner Bedeutung von den Gemeinden nicht erkannt. Die staatlichen Stellen hätten vorausschauend die Verhältnisse überblicken und rechtzeitig die Forderungen ziehen müssen, daß dem Rückgang der Geburten auch ein Rückgang des Lehrerbedarfs entsprechen muß. Wie jetzt für die vielen verwaisteten auf Anstellung wartenden Lehrer gefordert worden soll, ist eine dringliche Frage allgemeiner Art. Sie darf keinesfalls einseitig durch Belastung des Volksschulbetriebs gelöst werden.“

**Die Schwierigkeiten des Reichsschulgesetzes.** Reichstagsabgeordneter Erkelenz, der zweite Vorsitzende der Deutsch-Demokratischen Partei, erklärte in einer Rede in Mannheim: „Im Vergleich mit Jugendschutzgesetz sind die Schwierigkeiten, die noch zu lösen sind, unendlich viel größer. Zum Beispiel beim Reichsschulgesetz, das irgendwann einmal gemacht werden muß. Die demokratische Reichstagsfraktion war bereit, zu prüfen, ob es möglich ist, ein von den jetzigen Regierungsparteien gemeinsam getragenes Reichsschulgesetz zustandezubringen, wobei zweifellos auch die Demokraten Konzessionen machen müßten. Bei uns war der Gedanke maßgebend, um die republikanische Regierungskoalition in Deutschland auf die Dauer zu sichern, die Frage des Schulgesetzes aus dem Wege zu räumen und sie für längere Zeit zu lösen. Wenn das Zentrum uns aber schon bei der einfachen Frage des Jugendschutzgesetzes im Stiche läßt, müssen wir uns für die Aufgabe bedanken, ein Schulgesetz mit ihm zu machen, bei dem es uns vielleicht auch wieder im Stiche läßt, um sich der Bayerischen Volkspartei und den Deutschnationalen zu fügen. Die demokratische Reichstagsfraktion wird sich diese Frage sehr ernsthaft überlegen müssen.“ — Darauf vom Zentrum gleich folg. Antwort in der „Germania“: „Wenn die Demokraten Wert darauf legen, schließlich doch noch das Schulgesetz gemeinsam mit dem Zentrum zu machen, dann werden sie sich ernsthaft um ein besseres Verständnis des inneren Zwanges bemühen müssen, unter dem Parteien und Volksschichten in Weltanschauungsfragen stehen. Diese Frage des Schulgesetzes wird auf dem Wege der Verständigung, nicht des Kampfes gelöst werden können, wenn fremde Gewissensfreiheit respektiert wird und wenn man von denen, die an eine höhere Weltordnung glauben, nicht verlangt, daß sie den Gott Staat anbeten.“ — Es ist wirklich eine ganz beachtliche Leistung, der Staatschule (und diese allein wird verlangt) zu unterstellen, daß dort der Staat als Gott angebetet werden solle! Und Steierwald, der Führer der christlichen Gewerkschaften, schreibt sich seine kulturpolitischen Sorgen so vom Herzen herunter: „Mit keiner Gruppe ist schwerer Kulturpolitik zu machen, wie mit dem ästhetisierenden, freigeistigen, liberalen Bürgertum, das in der Deutschen Volkspartei und bei den Demokraten seinen politischen Standort aufgeschlagen hat.“ — Wie werden sich die Sozialdemokraten und selbst noch die Deutschnationalen freuen, soviel besser davon zu kommen!

**Lehrer als Stadtverordnete.** Die Stadtverordnetenversammlung von Berlin hat beschlossen, daß für Lehrer, die Stadtverordnete sind, die wöchentliche Pflichtstundenzahl auf 12 herabgesetzt wird. Der Rat der Stadt hat den Beschluß bestätigt.

**Die deutsche Sprache in Rußland.** Seit dem 1. Oktober ist im Gebiet der Woladenschen-Sowjetrepublik die deutsche Sprache als Amtssprache eingeführt.

**Türkei.** Das türkische Unterrichtsministerium hat bestimmt, daß die Lehrer berechtigt sind, in ihren Klassen selbständig Schulbücher einzuführen; jedoch haben die Lehrer vor Beginn des Schuljahres eine Liste der vorgesehenen Bücher einzureichen.

**Einen Volksentscheid über den Klassenplatz in der Schule** hat man in Braunschweig veranstaltet. Es sollte entschieden werden, ob der Klassenplatz, der nach den Leistungen festgesetzt wird, beibehalten ist oder nicht. 8000 Eltern und Lehrer waren gegen den Klassenplatz, ungefähr 5000 dafür. Die Schulbehörde hat daraufhin beschlossen, den „Klassenplatz“ fallen zu lassen. (Epz. 23.)

**Christliche Versuchsschulen?** Die Deutschnationale Landtagsfraktion in Sachsen hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, dem Antrag weltlicher Elternkreise des Landes auf Errichtung christlicher Versuchsschulen baldmöglichst stattzugeben.“ — Das nennt man wohl Schulzerschlagung auf Umwegen.

**Vom württembergischen Volksschulwesen.** Lehrstellen planmäßig: ev. 3640, kath. 1565, außerplanm. ev. 1070, kath. 624. Lehramtsbewerber 1925: ev. 2700, davon 20 Prozent weibl., kath. 1470, davon 50 Prozent weibl. (Körperliche Anstalten bilden mehr Lehrerinnen aus, als Bedarf ist.) Schulstellen: 8993 mit 1718 unständigen. Die Gesamtzahl der unständigen einschließl. der unterwendeten 4272, d. i. vier Fünftel der planm. Stellen. —

**Die Fortbildungsschule in Mecklenburg-Schwerin.** Ein völkischer Gesetzentwurf über Errichtung ländlicher Fortbildungsschulen wurde im Rechtsausschuß des Landtages behandelt. Der Kosten wesen soll die ländliche Fortbildungsschule zunächst nur in größeren Orten mit mehrkl. Schulen eingeführt werden. Dort erfüllen die Lehrer nicht die volle Pflichtstundenzahl (!) und können zu dem Fortbildungsschulunterricht herangezogen werden. Von den Unterhaltungskosten sollen der Staat ein Drittel, das Amt zwei Drittel tragen, die Gemeinden sollen nur geringe sachliche Kosten übernehmen. Der Unterrichtsminister erklärte, daß der Staat kein Mittel für das ländl. Fortbildungsschulwesen habe.

**Hessische Religionslehrer für die Simultanschule.** Die Konferenz evangelischer Religionslehrer des Dekanats Darmstadt, die unter dem Vorsitz des Herrn Dekans Weisgerber am 25. Oktober d. Js. in Darmstadt stattfand, sagte nach einem Vortrag des Herrn Helmreich, der warme Worte für die Simultanschule wegen ihres volksveröhnlichen Charakters und ihrer Segenswirkungen für die Volkseinheit fand, und einem Vortrag des Herrn Pfarrers Berck, der besonders die Gefahren einer angestrebten Konfessionsschule hervorhob, folgende Entschliebung: „Die Religionslehrerkonferenz des evangelischen Dekanats Darmstadt vom 25. Okt. 1926 trifft mit Entschiedenheit für die Sicherung und Erhaltung der durch ein halbes Jahrhundert bewährten hessischen Simultanschule auf christlicher Grundlage mit konfessionellem Religionsunterricht ein, als der Schule der deutschen Volksgemeinschaft, die ihre Gewähr allein hat in den religiösen und sittlichen Kräften des Christentums. Die Konferenz fordert von allen maßgebenden Stellen in Hessen und im Reich, daß sie sich jedem Versuch einer Beseitigung dieser hessischen christlichen Simultanschule mit allen Mitteln widersetzen. Die Konferenz erwartet von den evangelischen Lehrern und Geistlichen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit für diese Simultanschule und für unsere christliche deutsche Volksgemeinschaft.“

**Die unerfülllichen Beamten.** Das Zentrum war sehr entkräftet, daß ein Teil der Beamten es der Partei übel nahm, weil sie durch ihre Anträge im Reichstag die Frage der Weihnachtshilfe der Beamten mit der Frage der Fürsorge für Kleinrentner, Kriegsbeschädigte usw. verquickte. So berechtigt selbstverständlich die Beamenschaft diese Fürsorge findet, so ist sie doch eine Sache ganz für sich: denn auch der Reichsfinanzminister betonte, daß es sich für die Beamten nur um einen Ausgleich für die unterlassene Beförderungsregelung handle. Jetzt aber ist die Lage so, daß die öffentliche Meinung die bewilligte Gesamtsumme — den Beamten aufwärts, die doch nur einen kleinen Teil oder gar nichts davon erhalten. Man kann in großen Zeitungen dicke Überschriften lesen: „155 Millionen Beamtenhilfe“ und ähnlich. Wie stehts aber in Wirklichkeit? Die Weihnachtshilfen für die Beamten verursachen z. B. eine Ausgabe von 18 Millionen, die für die Kriegsbeschädigten 23 Millionen, für die Erwerbslosen und Rentner 25 Millionen für die Postbeamten werden etwa 16 Millionen gerechnet; die Ansprüche, die an die Reichsbahn gestellt werden, lassen sich nicht genau abschätzen. Die Aufwendungen für die Länder- und Gemeindebeamten werden etwa 70—75 Millionen ausmachen.

**Die katholische Schulorganisation** hat ihr neues Heim in Düsseldorf großzügig ausgestattet. Im Unterhaus sind neben der Bibliothek die technischen Büros untergebracht, während im ersten Stock der Sitzungssaal und das Generalsekretariat, im zweiten die Zimmer der Referenten eingerichtet worden sind. Das Lager und die Versandabteilung sind im Hofgebäude untergebracht. — Was will daaagen die bescheidene — um nicht zu sagen kümmerliche — Geschäftsstelle des Deutschen Lehrervereins sagen? Und wie sieht es erst in den Geschäftsstellen seiner Zweigvereine aus? Seit dem 1. Mai hat die katholische Schulorganisation auch ihre Berliner Zweigstelle mit einem hauptamtlichen Direktor besetzt.

**Staats-einnahmen und Staatsausgaben.** Am Schluß des Vorberichts zum preussischen Staatshaushalt heißt es, auch Hardenberg habe nach den Freiheitskriegen einen „Höchstzuschußbetrag“ für alle Verwaltungen eingeführt. Der Abschnitt schließt: „Die wohl-tätigen Folgen dieser Maßnahmen zeigten sich bald, der Zinsfuß sank auf ein erträgliches Maß. Die Wirtschaft erholt sich zusehends, die Steuereinnahmen erhöhten sich, ohne daß es notwendig gewesen wäre, die Steuerlasten selbst zu steigern. Die Lehren der damaligen Zeit wird man auch heute berücksichtigen müssen.“ Bekanntlich liebäugeln auch weite Kreise der Wirtschaft mit dem Gedanken, für alle Staatsausgaben unüberschreitbare Höchstätze festzusetzen, und der Reichsfinanzminister scheint ein Freund dieser Gedankenänge zu sein. Aber derselbe Hardenberg, dessen Vorbild nach 1815 hier gerühmt wird, schrieb 1807 in einer Denkschrift: „daß während der Privat-haushalt die Ausgaben nach den Einnahmen ein-richten habe, die Staatswirtschaft grundsätzlich den Ausgabebedarf für die Erfüllung der Staatsaufgaben festzustellen und danach die Einnahmen zu bemessen habe.“ Der Unterschied ist allerdings der, daß dieser Hardenberg'sche Satz für die große Reform- und Aufbauzeit Preußens grundlegend war, während jener obige der Leifftern einer der finsternsten Reaktionszeiten war. Welchem Vorbild will das Preußen und Deutschland von 1926 folgen?

**Volkswirtschaft oder Bankenvolitik?** Im „Berl. Tagebl.“ (12. 11.) schreibt Staatssekretär z. D. Dr. Jul. Hirsch u. a.: „Wir haben riesigen, ungedeckten Bedarf, wir haben Millionen von Arbeitshänden, die diesen Bedarf (man denke nur an Wohnung, Einrichtung, Bekleidung) befriedigen könnten, auch das Kapital ist vorhanden, das die beiden verbindet, die Hände nützlich

beschäftigen, den großen Bedarf befriedigen und die Arbeit des Gesamtunternehmens Deutschlands durch Senkung der Generalunkosten im ganzen viel billiger machen könnte — sie kommen nur nicht zusammen.“ Wie kommt das? Die Hauptschuld tragen die Banken mit ihrer Kredit- und Zinspolitik. „Die freien Mittel der Wirtschaft werden nicht in dem nötigen Maße zu produktiven, sondern zu spekulativen Zwecken verwendet.“ D. h. die Banken geben die Gelder, die sie im Dienste der Volkswirtschaft verwalten sollten, lieber der Börsenspekulation. Sie haben gar kein Interesse, daß die Kreditnot weicht, weil sonst die unerhörten Zinssätze nicht zu halten sind. Verlangen heute doch selbst öffentliche Sparkassen, die ihren Einlegern 5 % Zins geben, 10 % + 1 % Verwaltungsgebühr, während früher der Gesamtaufschlag vom Haben zum Sollzins höchstens 1—1½ % betrug. Sieht man das nicht und weiß man nicht, daß hier der Knebel ist, der jede wirtschaftliche Erholung verhindert, die Milderung der Erwerbslosen im Vordergrunde, zarte Empfehlungen für die Regierung, auf die Kreditpolitik der Banken zu achten, im Hintergrunde,“ das ist das Programm. Kann oder darf die Reichsbank hier nicht einschreiten?

## Aus den Vereinen.

**B. L.-V. Weihnachtsgabensammlung des B. L.-V.** Am 17. Dezember trat in Karlsruhe ein Siebenerausschuß zusammen, um die eingegangenen Weihnachtsgaben zu verteilen. Die Sammlung freiwilliger Beiträge (einschließlich einer Gabe der Beamtensbank mit 200 M.) hatte bis zu diesem Tage ergeben . . . 6 338 M. Dazu kommt die Zuwendung des B. L.-V. aus dem Ertrag der Konkordia-Aktien mit . . . 3 000 M. zusammen 9 338 M.

Es wurden zuerkannt:

84 Geschenke I	zu je 45 M.	= 3 780 M.
96 Geschenke II	zu je 30 M.	= 2 880 M.
132 Geschenke III	zu je 20 M.	= 2 640 M.
312 Geschenke		= 9 300 M.

Einzelne kleinere Bezirke hatten noch nicht abgerechnet, auch sind erfahrungsgemäß noch nachträgliche Gesuche zu erwarten, die dann nach Maßgabe der noch einlaufenden Gelder verbeschieden werden. Das Nichteinhalten der angezeigten Termine verursacht unliebsame Mehrarbeit, welche bei einigermaßen gutem Willen leicht umgangen werden könnte.

Einzelne Gesuche konnten nicht berücksichtigt werden, nicht etwa, weil die Gesuchstellerinnen nicht einer Gabe „würdig“ gewesen wären, sondern weil viel Bedürftigere da waren.

Die allgemeine Notlage der Hinterbliebenen zeigt sich in der übergroßen Zahl der Bittenden. Die Arbeit des Ausschusses war nicht gerade leicht. Er hielt, wie in früheren Jahren, an dem Grundsatz fest, daß der Bedürftige hinter dem Bedürftigeren zurückzutreten habe. Die Gesuche wurden diesem Gesichtspunkt gemäß in 3 Abteilungen gegliedert:

1. Solche, die keinerlei bestimmtes Einkommen haben und infolge Alters und Krankheit nicht mehr in der Lage sind, sich selbst durchzuringen. Es sind in der Hauptsache ledige Lehrerschöcker, deren Sparpfennige durch die Inflation aufgezehrt worden sind und die nun der öffentlichen Mildtätigkeit preisgegeben sind.
2. Solche mit geringen Bezügen, in der Hauptsache Witwen, deren Männer in jungen Jahren gestorben sind und denen die Ausbildung der Kinder schwere Sorgen bereitet.
3. Witwen mit kleinem Einkommen, die durch schwere Schicksalsschläge sich in Notlage befinden oder die infolge Alterschwäche fremder Pflege bedürfen.

Der Ausschuß war bei seinen Beschlüssen auf die Beurteilungen und Auskünfte der Bezirksvorstände und ihrer Gewährsmänner angewiesen, wenn also in dem einen oder andern Fall seine Entscheidung beanstandet werden sollte, so mußte er die Verantwortung dafür ablehnen. Es ist den Bezirks-Vereinen schon wiederholt empfohlen worden, Fürsorgeausschüsse einzusetzen, die derartige Dinge zu bearbeiten hätten. In einzelnen Städten bestehen solche, die vorbildliche Arbeit leisten.

Bei der Verteilungsarbeit zeigte sich auch wieder mit aller Deutlichkeit, wie notwendig es ist, rechtzeitig unsere Fürsorgevereine, vor allem den Kranken- und Sterbeversicherungen beizutreten. Es ist der einzig mögliche Weg, seine Hinterbliebenen nicht der bittersten Not verfallen zu lassen.

Die Gaben, so beschreiben sie auch sein mögen, werden bei den Beschenken dankbare Freude auslösen. Das dürfte neben der Überzeugung, daß im bad. Lehrerstand idealer Sinn und Zusammengehörigkeitsgefühl noch nicht erloschen sind, der schönste Lohn der freundlichen Spender sein.

**Krankenfürsorge.** Vom Finanzminister ist zur Angelegenheit der Beihilfen folgende Antwort eingegangen: „Bei der Verabschiedung von Beihilfeanträgen sind nach den Grundsätzen für die Gewährung einmaliger Beihilfen einerseits die beihilfefähigen Aufwendungen der Antragsteller wie etwa vorhandenes Vermögen, Höhe des Einkommens, Zahl der Kinder usw. bei der Festsetzung der nach Ziffer 6 Absatz 3 der Grundsätze gegebenen Hundertsätze zu berücksichtigen. Dabei werden die Beihilfen bei allen Beamten, unbekümmert darum, ob sie einer privaten Krankenkasse angehören oder nicht, gleichmäßig berechnet. Auch für versicherte Beamte werden die Beihilfen ungekürzt bewilligt. Die nichtversicherten Beamten werden demnach unter sonst gleichen Voraussetzungen nicht besser behandelt; sie müssen vielmehr den durch Beihilfen nicht gedeckten Aufwand selbst tragen, während den Mitgliedern von Krankenkassen der Rest des Aufwandes oder doch ein größerer Teil davon durch die Krankenkasse ersetzt wird. Nur dann, wenn die nach den allgemeinen Grundsätzen errechnete Beihilfe zusammen mit der Krankenleistung die tatsächlich aufgewendeten Krankheitskosten übersteigt, wird die Beihilfe auf den zur Deckung der Gesamtkosten notwendigen Betrag gekürzt; denn es geht unter keinen Umständen an, dem Beamten mehr zu geben, als er tatsächlich an Ausgaben gehabt hat. Aus diesem Grund können auch die an die Krankenkassen früher bezahlten Beiträge den tatsächlichen Aufwendungen für eine Krankheit nicht zugeschlagen oder an den bei der Beihilfebewilligung zu berücksichtigenden Krankenkassenzuschüssen in Abzug gebracht werden. Dabei ist auch zu beachten, daß die Krankenkassen nicht nur Krankheitskosten übernehmen, die Gegenstand von Beihilfeanträgen sind, sondern daß sich ein Großteil der Krankenkasseneleistungen auf viele kleine Auslagen für Arzt und Apotheke erstreckt, die für Beihilfeanträge nicht in Frage kommen können. In den Beiträgen der Kassenmitglieder sind diese erheblichen Aufwendungen der Krankenkassen jedoch mit inbegriffen.“

Die weiter angeschnittene Frage, ob das bisherige System der Notstandsbeihilfen nicht durch eine Krankenversicherung der Beamten ergänzt oder ganz ersetzt werden soll, ist sowohl in Baden wie auch im Reich schon seit einiger Zeit Gegenstand eingehender Prüfung. Ob und in welcher Form den bis jetzt laut gewordenen Anträgen entsprochen werden kann, läßt sich bei der Schwierigkeit der Materie und der durchaus nicht einheitlichen Einstellung der Beamenschaft zu dieser Frage zur Zeit noch nicht beurteilen.“  
gez. Köhler.

## Verschiedenes.

**Heidelberg.** Den Bewerbern um die hiesige Hauptlehrerstelle (A. Bl. Nr. 40) zur Nachricht, daß nach Mitteilung der Wohnungskommission keine Wohnung zur Verfügung steht und in absehbarer Zeit auch keine gestellt werden kann.  
A. Heilig.

**Hebung der Familienkultur.** Der „Badische Beobachter“ gibt eine wöchentliche Unterhaltungsbeilage: „Blätter für den Familientisch“. In Nr. 46 (21. 11. 20) erschien für den Familientisch „ein rheinischer Schwank“: „Der Teufel in der Kirche.“ In einem Eisdorf ließ am frühen Morgen der Kantor die Kirchentüre offen stehen, als er zum Glockenlauten ging. Zwei Schweine liefen „mit starkem Grunzen durch die Kirchentür in den vermeintlichen Stall“. Der Lärm macht den Kantor aufmerksam.

„Da faßte den Kantor mit kalter Faust die Angst an, er lief in blinder Hast zur Kirche hinaus, schlug klatschend die Tür ins Schloß, und eilte zum Hause des Lehrers, das noch schlafend in die Nacht hineinräumte. Erregt klopfte der Kantor ans Fenster des Schlafgemachs, hinter dem der Schulmeister von einer Rektorstelle und einem hohen Gehalte träumte: „Wach auf, Schulmeister, der Teufel selber ist in der Kirche und fährt rasend durch unser Gotteshaus!“

Jäh wachte der spindeldürre Schulmeister auf, rieb sich den nistenden Schlaf aus den Augen, sprang aus dem Bette, zündete eiligst ein Licht an, sah noch eben in seinem Scheine das verstörte Gesicht des Kantors vor dem Fenster und fuhr dann schnell in seinen Schlafrock hinein. Jog in Hast seine Hauschuhe an, stülpte die blank gewordene Zipfelmütze über den wenig behaarten Kopf und schlappte mit dem Licht in der Hand zum Kantor hinaus.

Der erzählte dem Lehrer draußen erregt sein Erlebnis, so daß der Schulmeister sich mehreremale bekreuzigte und den Herrgott um Beistand anrief. So schritten die beiden — erst mutig ausholend, doch je mehr sie der Kirchentür sich näherten, langjammer — dem Gotteshause zu. Und als sie vorsichtig durchs Schlüsselloch ins Innere der Kirchentür hineinlugten, hörten sie plötzlich ein starkes Getöse, als ob Fenster klirrten, Bilder von den Wänden herabfielen und Bänke umgerannt würden. Entsetzt fuhr die

beiden zurück, den Schulmeister froh es zum Erbarmen unter seinem leichten Schlafrock. Doch der Kantor faßte sich schnell wieder, sprach ein kurzes Stößgebete, machte über das Kirchenportal ein Kreuzzeichen, um solcherweise den Teufel zu bannen. Dann öffnete er, nachdem es wieder stille drinnen geworden, zaghaft die Tür, und der Schulmeister äugte mit schlotternden Knien hinein. Indem tastete der vermeintliche Teufel aus der Kirche heraus, überrannte den Schulmeister, der sich verzweifelt den ersten besten Halt ergriff und das war das Tier selbst und kam so rücklings auf eines der großen Schweine zu sitzen. So stürmte das Tier mit der Last des Lehrers die Dorfstraße hinab, während das andere Schwein grunzend hinterherlief.

Mittlerweile war durch das plötzlich abgebrochene Morgengeläute des Kantors und durch den Lärm und die Schreie des Schulmeisters das ganze Dorf erwacht. Zahlreich umstanden die Dörfler die Kirchentür, indes der Morgen immer mehr in die Welt lachte und den nächtlichen Spuk als recht harmlos beleuchtete.

Den Lehrer fand man später mitten in der Dorfstraße im Schnee liegen, und als sich allmählich das Lachen und Klichern, das in alle Ecken und Häuser hineinkroch, gelegt, der Kantor sich still in seine Wohnung zurückgezogen und der Schulmeister sich zerrüttet heimgefunden hatte, trieb man die beiden „Teufel“ in ihren Stall zurück, darin sie sich an gefüllten Futtertrögen recht gütlich lateten.“

Gegen diesen „Schwank“ erhielt der Beobachter entrüsteten Einspruch von Lehrern. Der Beobachter versichert, daß ihm jede beleidigende Absicht ferne gelegen sei; aber man solle doch auch nicht so empfindlich sein; denn der „Schulmeister“ gehöre doch der Vergangenheit an.

Dagegen erhebt sich aber doch die Frage: Wenn dem Herrn Chefredakteur dieser „Schwank“ mit der Änderung vorgelegen hätte, daß der Kantor zum Pfarrer gelaufen wäre — was auch viel näher läge, wenn er Hilfe gegen den Teufel sucht —, so daß ein „Pfaffe“ (welcher Ausdruck, ähnlich wie „Schulmeister“, in der Vergangenheit ein Ehrenname war) den Schweineritt gemacht hätte zum Gelächter des Dorfes und der lesenden Familie — hätte der Herr Chefredakteur an solcher Preisgebung und an dem „Pfaffen“ auch keinen Anstoß genommen und den „Schwank“ auf den Familientisch gelegt?

**Steuerbescheide für Einkommensteuer an die Landeskirche.** Hierzu schreibt uns der Ev. Oberkirchenrat: „In Nr. 40 Ihres geschätzten Blattes vom 2. Oktober 1926 werden in einer Ausführung über die „Steuerbescheide für Einkommensteuer an die Evang. Landeskirche“ Fehler gerügt, die bei der Aufstellung der Evang. Kirchensteuerhebelisten durch die Finanzämter unterlaufen sind. Es empfiehlt sich deshalb, daß alle diejenigen Steuerpflichtigen, die glauben, unrichtig in die für die Bemessung ihrer Kirchensteuerschuld maßgebenden Pauschsaß-Gruppen eingereiht zu sein, bei den zuständigen Kirchengemeinderäten unter Vorlage der notwendigen Nachweise Richtigstellung bzw. Freistellung von der Kirchensteuer beantragen. Zu unserm Bedauern ist eine andere Beseitigung der Mängel nicht möglich. Die gerügten Fehler betreffen übrigens nicht nur die Evang. Landeskirchensteuer, sondern auch die Kirchensteuer der übrigen Religionsgemeinschaften, da die Aushilfskräfte, die bei den Finanzämtern mit der Aufstellung der Hebelisten beauftragt waren, nicht immer mit der hierzu notwendigen Gewissenhaftigkeit gearbeitet haben. Nachdem der Herr Reichsminister der Finanzen angeordnet hat, daß für 1926 wieder die Steuerabzugsbelege vonseiten der Arbeitgeber den Finanzämtern eingereicht werden müssen, werden im kommenden Jahr Fehler der gerügten Art und Unbilligkeiten, die mit der Pauschbehandlung zusammenhängen, nicht mehr vorkommen.“

**Pestalozzi-Feier 1927.** Am 17. Februar 1927 jährte sich zum hundertsten Male der Todestag Johann Heinrich Pestalozzis, des Begründers der neuzeitlichen Pädagogik. In der Schweiz wird dieser Gedenktag durch Volksveranstaltungen in weitestem Umfange gefeiert werden. Aber auch in Deutschland rüsten sich die Lehrerverbände, die pädagogischen Institute und die amtlichen Unterrichts- und Erziehungsstellen zu öffentlichen Feiern, bei denen der Bedeutung Pestalozzis für die Gegenwart gedacht werden wird. Eine Umfrage des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Berlin hat ergeben, daß die deutsche Lehrerwelt überall den 17. Februar mit Vorträgen für die Elternschaft und festlichen Veranstaltungen vorbereiten. Die Städte beteiligen sich mit Stiftungen für die Schulbüchereien und Büchergaben an die älteren Schüler und Schülerinnen. Die Stadt Berlin veranstaltet am 17. Februar mittags eine öffentliche Feier. Die Berliner Lehrerverbände vereinigen sich abends 8 Uhr im Lehrer-Vereinshaus zu einer Gedächtnisfeier, bei der Kultusminister Dr. Becker und der Vorsitzende des Deutschen Lehrer-Vereins, Georg Wolff, sprechen werden. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin, Potsdamerstr. 120, hat es übernommen, als Vorbereitung für die Gedenkfeiern eine Einführung in die

Gedankenwelt Pestalozzis zu geben durch 6 Abendvorträge, die vom 7. Januar ab wöchentlich einmal am Donnerstag oder Freitag stattfinden. Es sprechen am 7. Januar Univ.-Prof. Dr. Rohlf-Göttingen über „Die geistige Welt Pestalozzis“; am 13. Jan. Dr. Charlotte Bühler-Wien über „Pestalozzis Forderung der Beachtung der Individuallage beider Erziehung und ihre wissenschaftliche Grundlegung in der Kinder- und Jugendpsychologie“; am 20. Jan. Eili Proeschel-Berlin über „Pestalozzi und die erzieherische Bedeutung der Mutter“; am 27. Jan. Prof. Dr. Spranger-Berlin über „Das Prinzip der Anschauung bei Pestalozzi und seine Auswirkung in der neueren Pädagogik“; am 4. Febr. Dr. Flitner-Kiel über „Die sozialpädagogischen Bestrebungen Pestalozzis und ihre Bedeutung für die Gegenwart“; am 10. Febr. Lic. Dr. Delekat-Berlin über „Pestalozzi und die religiöse Erziehung“. Die Vorträge werden auch im „Pädagogischen Rundfunk“ verbreitet werden, damit weiteste Kreise daran Anteil haben können.

Zu der Abrechnung mit der „Badischen Volksschule“ von Dr. Franz Schmidt, die in acht Aufsätzen der Bad. Schulztg. erfolgte, äußert sich der „Bad. Beobachter“ in Nr. 349. Er setzt sich aufs hohe Ross, spricht von „anmaßlicher Überhebung“, droht andeutungsweise mit dem Gericht und sucht von der Hauptsache abzulenken. Glaubt der Verfasser des Artikels wirklich, in hochfahrenden Reden die rein sachlichen Einwendungen damit abtun zu können, daß er sie als persönliche Bekämpfung Schmidts hinstellt? Er widerlege die Darlegungen in den Aufsätzen der Bad. Schulzeitung. So lange das nicht geschehen ist, bleibt es bei der entschiedenen Ablehnung des „Kommentars“. Erfreulicherweise erhebt sich auch in der Mannheimer Volksstimme (Nr. 344) der Widerspruch gegen den „höchst eigenartigen Kommentar“.

## Bücherschau.

Die hier angezeigten Bücher liefert die Sortiments-Abteilung der **Konkordia N.-G., Bühl** (Baden) zu Originalpreisen.

**Ischler-Stöcker: Anleitung zu einfachen Schulversuchen in der Naturlehre und Chemie der Volks- und Fortbildungsschule mit Hilfe der naturkundlichen Lehrmittelsammlung der Konkordia, Bühl (Baden).** Verlag: Konkordia, Bühl (Baden).

Die verwendeten Apparate unterscheiden sich wesentlich von anderen ähnlichen Sammlungen dadurch, daß sie bezüglich der Einzelteile und der ganzen Anordnung so konstruiert sind, daß jeder Vorgang von jedem Platz der Klasse aus deutlich sichtbar ist. Dabei ist der Aufbau der Apparate so einfach gehalten, daß es dem Schüler möglich ist, dieselben auch nachzuweisen zur Zwecke eigener Versuche. Wie Anschaffung der Sammlung ist dadurch erleichtert, daß zunächst die Apparate für kleine Schulen beschafft und nach und nach durch Erweiterungen ergänzt werden können.

Zur theoretischen Einführung in den Unterricht und zur Anleitung zum praktischen Gebrauch der Apparatesammlung haben die Verfasser noch in Form eines Buches ihre Gedanken und Erfahrungen niedergelegt. In dieser Anleitung werden in knapper aber genau bezeichneter Weise (oft nur in Schlagworten) die für die Versuche notwendigen Anordnungen gegeben; auch sind viele Versuchsanordnungen mit instruktiven Zeichnungen, die leicht auf der Wandtafel nachzuzeichnen sind, versehen. Außerordentlich wertvoll sind die im zweiten Teil angegebenen Versuche und Belehrungen für den Unterricht der Fortbildungsschule, welche den Lehrkräften der Fortbildungsschule sehr willkommen sein werden. Vor allem aber ist die Stoffauswahl und -Anordnung zu rühmen, die den erfahrenen praktischen Schulmann recht deutlich zum Ausdruck bringen. Die von der Lehrmittel-Abteilung der Konkordia Bühl (Baden) zu beziehende Apparatesammlung sowohl, wie auch die Anleitung, können zum Ausbau der Schulen mit Lehrmitteln für den Unterricht sehr warm empfohlen werden.

Emil F. Reichel, Schulinspektor.

**Heimatkunde vom Amtsbezirk Rastatt.** Von E. Spitz, Stadtschulrat a. D. in B.-Baden, 230 S., Konkordia, Bühl.

Der geschichtliche Teil behandelt die Frühgeschichte, Ur-, Eis-, Stein-, Bronze-, Hallstatt- und La Tène-Zeit, die Besiedelung der Gegend mit Römern, Alemannen und Franken und die historischen Begebenheiten bis zur Gegenwart. Die Darstellungsweise dürfte richtunggebend sein für unsere badische Heimatliteratur. Der zweite Teil enthält 32 Sagen aus dem Oos- und Murgtal und der vorgelagerten Rheinebene. Im geographischen, wirtschaftlichen und naturwissenschaftlichen Teil kommen u. a. zur Behandlung: Größenverhältnisse, Bodengestaltung, Gewässer, Tier- und Pflanzenwelt, Erwerbsquellen, Verkehrsmittel, geistige Strömungen, gesellschaftliche Charakterbilder, landschaftliche Motive, Lebensbilder führender Wirtschaftler und staatsbürgerliche Belehrungen. Im letzten Teil erhalten wir Einblick in Ortsgeschichte und Ortsverhältnisse von 51 Gemeinden. Dieses heimatkundliche Lehrbuch gibt Lesestoffe

für Volks-, Fortbildungs-, Handelsschulen und gehört in jede Familie der mittelbadischen Bevölkerung. Von besonderer Bedeutung ist der Hinweis auf alte Funde. Das Hauptgewicht legt der Verfasser auf die eingehende Behandlung der Ortsgeschichte. 37 bildliche Beigaben, nebst einer vorzüglichen Orientierungskarte für den neuen Amtsbezirk Rastatt veranschaulichen unterstützend den interessanten Wissensstoff. Für Schulen- und Familienbücherei ist dieses vielseitige Volkskundebuch empfehlenswert. Baur.

**Pestalozzi: Ideen.** 268 S., Lbd. 6,80 M., Rascher & Co., Zürich und Leipzig 1927.

Martin Hürlimann hat in diesem fein ausgestatteten Bande eine Auswahl aus Pestalozzis Schriften gegeben, die in ihrer Zusammenstellung die Ideen Pestalozzis aussprechen, wovon kein Werk und Lesen getragen sind. Was ist ein glücklicher Gedanke, die leitenden Ideen aus den oft überwucherten Schriften Pestalozzis rein herauszustellen mit seinen eigenen Worten; kein anderes Verfahren dürfte so geeignet sein, die geistige und menschliche Größe dieses Menschenführers wie ein Ehrenmal hinzustellen. Neben Schäfers Pestalozzi-Buch kann diese Auswahl besonders dazu beitragen, das Gedächtnis Pestalozzis zu vertiefen. Ein Bild nach der Gesichtsmaske von 1809 ziert den Band.

**Deutschtürol 1925.** Der Deutsche Schulverein Südmärk (Wien 8/2, Fuhrmannsgasse 18, Postkonto München 29615) versendet einen prächtigen Zeitweiser für 1927 mit 24 Kunstblättern in Dreifarbendruck zum Vorziehen für den auffallend billigen Preis von 1,50 M. Wer Südtiroler Not kennt und dem geknechteten Deutschtum helfen will, wird gerne sein Scherlein an den Deutschen Schulverein einsenden; vielleicht: indem er auf eine andere unnötige und unwichtigere Ausgabe verzichtet. E. Gerweck.

**Greifenkalender 1927.** Willi Geißler gibt diesen Kunstabreißkalender im Greifenverlag Rudolstadt heraus. „Kampf- und Tummelplatz einer ganzen, kaleidoskopartig schimmernden Generation von Schaffenden zu sein,“ wählte er als seine Aufgabe. Unter den Holzschnitten, Feder- und Pinselzeichnungen ist eine ganze Anzahl von starker Leistung. Gedichte bereichern den Inhalt. Wären aber für einen solchen Kalender, d. h. für uns Menschen, harte Prosa und reine Spruchdichtung nicht gemeinwertiger und verpflichtender? E. Gek.

**Schweizer Sagen.** 282 S., Lbd. 6,50 M., Verlag von Sauerländer & Co. in Aarau.

Der schöne Band enthält gegen 80 Sagen, die Natur und Urgeschichte des Schweizer Landes geheimnisvoll beleben, deren Kenntnis und Erleben eine wirkliche Gegenkraft gegen die Entseelung der Natur durch einseitig betriebene Technik und Wissenschaft bildet. Die Sagen sind von Arnold Büchli nach Herzog bearbeitet. Leitender Gedanke war die Auffassung von Andreas Heusler: „Die Sage ist das historische Gewissen des Volkes.“ Besonders die Jugend wird den Band freudig empfangen.

**Wunder im Weltall.** Herausgeber: Paul Sieberh. 416 S., 400 Abbildungen; Lbd. 10 M., Köpfel & Pustet, München.

Das Buch enthält 60 Einzeldarstellungen von ersten Fachleuten, u. a. Schumacher: Wunderbare Zielstrebigkeit in Natur und Welt; Henseling: Unser Wissen vom Weltentraum; Carthaus: Unterirdische Gewalten; Baumgarten: Die Welt kleinster Lebewesen; Francé: Vom Innenleben der Blumen; Graef: Im Reich der Elektrizität; Wenker: Die geheimnisvolle Atlantis; Hildesheimer: Das künstliche Gold; Valier: Der Vorkosmos in den Weltraum. In den folgenden Jahren sollen ähnlich angelegte Bände über Entwicklungsgeschichte und Kulturgeschichte; Geographie und Technik; Zoologie und Botanik folgen. Auf diese Weise entsteht eine gemeinverständliche Gesamtdarstellung, die nicht nur der reiferen Jugend, sondern den bildungsdurstigen Volkskreisen überhaupt dienen würde. Bei Vorausbestellung bis zum 1. Juni 1927 wird der für 1927 geplante 2. Band für 9 M. (statt 10 M.) geliefert. Inhalt und Ausstattung sind sehr gediegen.

**Paul Keller: Marie Heinrich.** Roman. 294 S., Lbd. 7 M., Bergstadtverlag, Breslau.

Kellers Werke haben stets einen tief sittlichen Gehalt: Ringendes Menschentum, dem nichts Menschliches fremd ist. Marie Heinrich, das künftige Mädchen, das aus herber, pflichttreuer Verschlossenheit endlich sich zu warmer freier Menschlichkeit durchkämpft. Künstlerisch wohl komponiert, neigen manche Gestalten zu etwas schematischer Abgrenzung; das Ganze ist aber so sehr in Heimatkluft, Humor, herzliches Volkstum getaucht, daß der Roman Leben behält.

**R. Pischel: Leben und Lehre des Buddha.** 4. Aufl., Dr. J. Nobel, 1 Doppeltafel. 122 S., geb. 2 M., Teubner, Leipzig 1926.

Das Bändchen gibt nach einer Übersicht über die Zustände Indiens zur Zeit des Buddha eine Darstellung von dessen Leben, wobei besonders die Ähnlichkeit mit den Evangelien und die Frage

der Möglichkeit der Übertragung buddhistischer Erzählungen auf Jesus erörtert werden. Danach wird Buddhas Stellung zu Staat und Kirche, zu den Kasten, den philosophischen Systemen, den Göttern des Volkes, Buddhas Lehrweise und Lehre eingehend erörtert. Schließlich werden Gemeinde und Kultus, die Konzile, das Mönchswesen und der Reliquiendienst geschildert.

## Die Schulzeitung erscheint am 1. Januar nicht.

### Vereinstage.

Die Einsendungen für Konferenzanzeigen und Vereinstage müssen spätestens **Mittwoch 12 Uhr** mittags in der Druckerei **Konkordia A.-G., Bühl**, sein.

**Karlsruhe-Land.** Samstag, 8. Jan., nachm. 3 Uhr, Bezirkslehrertagung im „Nowack“, Karlsruhe. L.-D.: 1. Der Antrag Leiser (vom 15. d. Mts.) und damit Zusammenhängendes. 2. Konferenzwahlen. Der Beauftragte.

**Müllheim.** Am 8. Jan., nachm. ¼ 4 Uhr, in der „Post“ in Müllheim Tagung. L.-D.: 1. Referat über die letzte Dienststellenausschussführung. 2. Vereinswahlen. 3. Wahl d. Dienststellenausschussmitglieder. 4. Verschiedenes. 5. Radiovorführung und Kegeln. Eiermann.

**Säckingen-Tal.** Tagung am Samstag, dem 8. Jan., nachm. ¼ 3 Uhr im „Schwert“ in Säckingen. L.-D.: 1. Bericht über die Hauptversammlung des Pestalozzivereins in Achern (Herr Rein).

2. Bericht über die Sitzung des Dienststellenausschusses. 3. Unsere Vereinsarbeit 1928 und Wahlen. 4. Vortrag des Unterzeichneten: Schicksale Rheinfeldens während des 30jährigen Krieges. 5. Verschiedenes und Austeilen der Schulkalender. Angehends der Weihnachtsszulage wünscht allen Konferenzmitgliedern frohe Feiertage  
Kuhn, Vorf.

**Schulkreis Waldshut.** Dienststellenausschusswahl betr. Zweckmäßigkeit einer Wahlvorschlagsliste werden die einzelnen Gruppen gebeten, baldigst die Vertreter und Stellvertreter namhaft zu machen und mir sofort mitzuteilen. (S. Amtsbl. Nr. 40, S. 185.)  
F. Lockheimer, Albrück.

Im **Bad. Kunstverein, Karlsruhe, Waldstraße 3**, werden vom 17. Dezember d. J. an auf die Dauer von 3 Wochen Werke — Zeichnungen und Aquarelle — des im vorigen Jahr verewigten Meisters „**Heinrich Eyth**“, Zeichenoberlehrer am Lehrerseminar I in Karlsruhe, ausgestellt. Die gesamte Lehrerschaft von Karlsruhe und Umgebung wird mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, und es dürfte diese Ausstellung besonders den ehemaligen Schülern dieses beliebten, tüchtigen und hervorragenden Lehrers von außerordentlichem Interesse sein. Der Besuch wird aufs wärmste empfohlen.

Der beiliegende Kalender der **Konkordia A.-G.** ist zum Aufziehen auf Pappe eingerichtet und deshalb nur einseitig bedruckt. Ein Stück Pappe im halben Format ist in den einmal gefalteten Kalender einzulegen und beiderseitig festzukleben.

Der heutigen Ausgabe liegt ein beachtenswerter Prospekt der Verlagsbuchhandlung **Julius Klinckhardt** in Leipzig über „Schulwissenschaftliche Erscheinungen“ bei.

Die fünfte  
geänderte Auflage

### Wilhelm Fronemann

## Der Unterricht ohne Lesebuch, ein schulliterarisches Programm

Stelle ich den  
Herren Lehrern und den Schülern  
bis auf weiteres  
unberechnet zur Verfügung.  
Die Broschüre enthält auch eine  
genaue Stoffeinteilung  
für alle Schuljahre und Fächer  
(Deutsch- und Sachunterricht)

Hermann Schaffstein, Verlag, Köln, a. Rh. Badstr. 1.



## Pianos \* Flügel

von Ibach, Steinway, Schiedmayer,  
Uebel & Lechleiter, Zimmermann

Für Lehrer günstige Zahlungsbedingungen.  
Kataloge bitte kostenlos verlangen.

**H. Maurer, Karlsruhe, Kaiserstrasse 176, Eckhaus Hirschstr.**  
Die Firma hat keine Reisenden und Filialen!

### Orgelbuch zum Magnifikat

zu haben gesondert.

**Konkordia A.-G., Bühl.**

**Honig** Bienen-Schleuder, gar. rein, beste Qual., 10 Pf. = 10,00 M., vorwiegend Klee- u. Lindenbl., 12,00 M., halbe 6 M. u. 7 M. Preis, Radm. 50 Pf. mehr. Zurück bei Nachtgefallen!  
W. H. Krieger, Reiberg 79 (Welf.)

### Musikalien

für alle Veranstaltungen  
**Theaterstücke**  
empf. hlt  
**Musikhaus  
Ruckmich**  
Freiburg i. Br.  
Aussendungen

### Radio-Stationen und -Apparate

liefert

**Karl Gross, Bühl**

**Elektro-Zentrale**

Eisenbahnstrasse

Telefon 332

Referenzen aus Lehrerkreisen stehen  
zur Verfügung.

### Alte Wollachen

werden seit 50 Jahren zu  
guten Damen- und Herren-  
stoffen, Decken u. Teppichen  
umgearbeitet. Muster frei.

**H. Schmidt I.**  
Weberstr. 2 (Innenstr.)  
Grünen 89 (Hess.)

### Qualitäts- Möbel

**Holz-Gutmann**

Karlsruhe i. B.

Kaiserstr. 109 und  
Karlstr. 30

Größe Auswahl / Billige Preise  
Günstige Bedingungen

### Vergebe wieder kl. Darlehen

an Lehrer zc. gegen Leb. Vers.  
Nicht bei ratem. Rückzahlg.  
Prospekt gratis.

**F. Reitz, General-Vgt.**  
Neu-Isenburg 4  
Besteht seit 1902.

Gitarren, Lauten, Zithern



„Zum Matthias Klotz“  
Nr. 323 **Mittenwald**  
(Bayern)

Tadellos gut u. billigst.



**AKA**  
Gummiwarenfabrik  
Hannover

fürs Din Dofeln  
Aluminium

## Rundlo

Heintze & Blanckertz  
Berlin

## Zur Ausgestaltung von Pestalozzi-Feiern

empfiehlt reichhaltiges Material für Schule und Elternabend der  
**Verlag Arwed Strauch, Leipzig C 1, Sellertstraße 7/9.**



# Pianohaus Lang

Karlsruhe München Nürnberg Augsburg Würzburg  
 Kaiserstr. 167 Theaterstr. 46/1 Karlstr. 19/1 Elermarki (Börse) Markt 13/1  
 (gegenüber Tietz)

Eine große Auswahl in Pianos, Flügeln, Harmoniums, neu u. gebr., ist für Sie bei Auswahl eines ersikl. u. preisw. Instrumentes vorteilhaft.

## Von der Geschäftsstelle der bad. Jugendherbergen

- sind zu beziehen:
1. Die Erziehungs- und Bildungswerte des Jugendwanderns, herausgegeben von Ober-Reg.-Rat Brohm und Dr. phil. Fr. v. Ardele. Preis 50 Pf., ausfortsch. Porto.
  2. Wanderheime der deutschen Jugend, von Ober-Reg.-Rat Brohm, Karlsruhe, Verlag Limpert, Dresden. Preis RM. 4.
  3. Ziele und Wege der deutschen Jugend von Ober-Reg.-Rat Brohm, Karlsruhe, Serie Nr. 1 der Schriftenreihe „Einheit und Kraft“, Flugschriften für Deutschlands Jugend. Preis 80 Pf.

### Aus den Beständen der Jugendherbergswarenlotterie:

1. 2 Radioapparate mit Zubehör Ankaufpreis RM. 200, Verkaufpreis . . . . . RM. 180.-
2. Gesundheitshängematten in einfacher Ausführung, A kaufpreis . . . . . 15.- Verkaufpreis . . . . . 12.- in besserer Ausführung, A kaufpreis . . . . . 25.- Verkaufpreis . . . . . 20.-
3. Die drei gerechten Kammacher v. Gottfr. Keller Taschenmesser, kleines samt Line im Werte von 50 Pf. bis RM. 1.- zu dem sehr geringen Verls von 30 Pf. für das Stück erhältlich
4. Besseres Taschenmesser mit 2 Kl. gen im Werte von RM. 1.20, erkauflich zu 80 Pf.
5. Nähnäherschere, im Werte von 80 Pf., verkauflich zu 50 Pf.

## BRAUSE-FEDERN



BRAUSE & CO ISERLOHN

**Wir bieten**  
 den Herren Beamten Gelegenheit, aus unserem reichhaltigen Lager guter Baumwollwaren **Leinen- u. Aussteuerartikel** beste Ware zu kaufen.  
 Wir liefern ohne jeden Teilzahlungszuschlag gegen **bequeme Ratenzahlung** innerhalb 3 Mon. Auf Wunsch werden Originalmuster vorgelegt.  
**Falk & Co., Aussteuerartikel, Stuttgart**  
 Landhausstr. 59.

## Zu Weihnachten

einen vorzögl. Kaffee stets frisch gebrannt p. Pfd. 3.30, 3.50, 3.90 ab 5 Pfd. franco Nachnahme durch  
**Hansa-Versand Heidelberg.**

## Harmoniums

in allen Spielarten und allen Holzarten. Mit einbaubarem oder aufschraubbarem Spielapparat. Günstige Zahlungsbedingungen. Umtausch gestattet.  
**Bronner & Mutter Weil bei Lorch**  
 Hauptstraße 50

## HINKEL HARMONIUM

Zimmer- Harmoniums  
 Schul- Harmoniums  
 Kirchen- Harmoniums  
 Konzert- Harmoniums  
 Orchester- Harmoniums  
 Tropen- Harmoniums  
 Kunst- Harmoniums

Ernst Hinkel, Harmoniumfabrik  
 Ulm a. D. — gegr. 1880  
 Vertreter an allen größeren Plätzen.

## Metallbetten

Stahlmatten, Kinderbetten  
 günstig a. Private. Katalog 123 frei.  
**Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)**

## HOFBERG HARMONIUM

Zimmer-, Schul- und Kapellen-Harmoniums  
 Pedal-Harmoniums mit und ohne elektr. Antrieb

## M. HOFBERG HOF-HARMONIUM-FABRIK LEIPZIG W 31

Gegründet 1891  
 Illustrierter Katalog frei

## Nicht viele Weihnachtsgaben

dürften mit so geringem Kostenaufwand eine so glänzende Wirkung überall erzielen wie **eine Flasche selbsthergestellter Likör.**

Kenner verwenden dazu nur die seit 1898 bestens bewährten **Schraders Likörpatronen** zu M. 1.- bis M. 1.50 pro Stück. Verlangen Sie kostenlos Prospekt für über 100 Sorten fsl. Liköre und Schnäpse.  
**Hugo Schrader**  
 vormals J. Schrader  
**Feuerbach 4, Würthb.**

## Pianos Harmoniums

Bewährte Fabrikate  
**Ratenzahlung.**  
 Viele Lehrerreferenzen  
 Franko-Zuführung  
**Herm. Schroth**  
 Freiburg i. Br.  
 Baslerstrasse 2.

## Konkurrenzlos

in Präzision, Leistung und Preis ist der neue

### 3-Röhren-Rundfunk-Empfänger

für Reichs-Mark 100

Europaempfang im Lautsprecher!  
 Unbegrenztes Wellenbereich!  
 Angenehmste Zahlungsbedingungen!

Zu beziehen durch  
**KONKORDIA A.-G.**  
 BÜHL (Baden).

## Ratgeber

für Schul-Orchester und Anleitung zum mehrstimmigen **Mundharmonika-Spiel** nach allgemeinen Noten in Musikgeschäften **gratis** erhältlich. Wenn nicht vorrätig, wende man sich an die **KOCH HARMONIKA A.-G.**  
 Trossingen  
**Neu!** Chromatische Mundharmonika mit übersichtlicher Tonanordnung speziell für **Schulzweck**.  
 Vollständige Schule für Mundharmonika-Schulorchester erscheint im Dezember.

# Pianos-Harmoniums zu günstigen Preisen und Bedingungen. Eugen Pfeiffer

Mur altbewährte Qualitäts-Fabrikate! **Heidelberg** Gegr. 1885 **Hauptstr. 44**  
 Franko Lieferung.

Möchten Sie bitte kostenlose Zusendung meines Katalogs.  
 Konkordia A.-G. für Druck und Verlag, Bühl (Baden). Direktor W. Jeser. Für den Inseratenteil verantwortlich: Fr. Jerrath.